

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Endspurt im Wahlkampf. Noch nie war ein Wahlkampf so spannend, noch nie war der Wechsel so greifbar nahe! Die Überraschungen nehmen kein Ende. Noch eben war Schwarz/Gelb mit Mappus vorne dran ganz und gar Befürworter der Atomlobby. Plötzlich wollen sie uns weismachen, sie seien mit dem Atomausstieg weiter voran als wir. Im selben Atemzug behaupten die neuen „Vorkämpfer“ der Energiewende, die AKWs würden genauestens in den drei Monaten überprüft – dann werde endgültig entschieden. Na ja, in drei Monaten ist die Wahl vorbei!

Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut! Davon können gerade wir ein Lied singen. Betreibt Mappus gerade eine Art Schlussverkauf? Gewählt werden ist alles?

Wie lange wird es gehen bis der EnBW-Rückkauf seine negativen Wirkungen zeigt? Bei einem Wahlsieg von Rot/Grün, kann dann Mappus sagen, er habe seinen Nachfolgern wenigstens eine ordentliche Hinterlassenschaft beschert.

Die nötigen Aufräumarbeiten der schwarz-gelben Misswirtschaft werden uns noch mehr zu schaffen machen als uns lieb ist.

Dabei tönt uns allenthalben entgegen wie gut es uns gehe, wie es uns noch besser gehen werde. Geht es wirklich **uns allen** so gut? Gibt es nicht einen grossen Stamm von Nicht-Wählern, die nicht mehr wählen wollen, weil sie aufgegeben haben?

Wenn es uns wirklich gut gehen soll, müssen wir uns auch um die kümmern, die ja „so gut“ durch Bildungsgutscheine und Hartz IV versorgt sind. Wir schieben Probleme vor uns her, die so gut sichtbar sind, dass es eine Schande ist, sie zu leugnen.

Leute, wehrt euch, wehrt euch gegen Gleichgültigkeit, gegen Ungerechtigkeit und soziale Kälte.

Es geht um unser aller Zukunft!

Geht zur Wahl – wählt SPD!

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Nicht tricksen, sondern alte AKWs abschalten - EU : „Die Finanztransaktionssteuer ist ein Meilenstein bei der Bekämpfung gefährlicher Spekulationen“	2- 3
"Eine Binnenmarktakte ohne sozialen Bezug ist nicht akzeptabel" - "Weitere Etappe auf dem Weg zu krisenfesten Sparbüchern und Girokonten"	3- 4
- SPD-Bodenseekreis – Norbert Zeller: Brennstoffzellenentwicklung muss bleiben	4- 5
- Zeller erhielt Struve-Hut - Japan zeigt auch unsere atomare Verwundbarkeit	5- 6
- Ramazan Bilir holt Macit Karaahmetoglu in den Linzgau - Stammtisch von Zeller gefesselt – Zeller: Briefe an Landrat Wölfe und EnBW-Vorstand	6 - 8
- Einladung Immenstaad - Nachträglicher Erfolg des Bürgerentscheids - Roland Kaczmarek neuer OV Vorsitzender in Friedrichshafen- Termine im Bodenseekreis	8-10
- SBI : Anfrage an den Nationalrat - Was ist eigentlich daraus geworden? Teil IV	11-12
- SP Kanton SG: Notwendiger Ausbau blockiert	12-13
- SP Kanton Thurgau : Auch in Arbon gibt es ein „Frauenbuch“ - SPÖ Vorarlberg :	
- Wohl der Kinder steht im Vordergrund	13-14
- Gut, wenn ÖVP-Amon bei rascher Bildungsreform mitzieht - SPÖ beantragt Einführung von Minderheitenrechten - Atomkraftwerke müssen verhindert werden! - SPÖ und SPD planen gemeinsame Initiative für Atomausstieg Europas	14-16
- SPD Kreis BC und Martin Gerster :	
- MdB Gerster begrüßt Illertalerin beim Jugendmedienworkshop - SPD-Landtagskandidat Franz Lemli trifft sich mit dem Personalrat der Polizei - Lemli und Integrationsbeauftragter Macit Karaahmetoglu beim DITIB Biberach - Warum SPD wählen?	16-19
- SPD Kreis SIG : Ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr bei der SPD Bad Saulgau	19-20
- SPD Kreis RV : Peter Clement macht SPD-Wahlkampf im Allgäu	20-21
- KV Ulm und Hilde Mattheis : Abschalten, nicht Aussetzen ist das Gebot der Stunde	21
- Wie ernst ist es Mappus und Merkel mit einer anderen Energiepolitik?	21-22
- SPD Kreis KN : Solidarität mit Zahide Sarikas - Hans-Peter Storz kandidiert für den Stuttgarter Landtag	22-23
- Termine im Bodenseekreis Fortsetzung	23
- BayernSPD - SPD Kreisverband	
- Lindau : Zitate Schwarz-Gelb – vor und nach Fukushima	24
- Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion	25-26
- Fotos JHV Friedrichshafen	27
- Impressum	28

Schmid:

Nicht tricksen, sondern alte AKWs abschalten

Nils Schmid forderte die schwarz- gelbe Regierung auf, nicht zu tricksen, um sich über die Wahl zu retten, sondern zu handeln: "Baden- Württemberg braucht kein Moratorium, sondern die endgültige Stilllegung von Neckarwestheim I und Philippsburg I"

Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern bei der morgigen Landtagsdebatte CDU und FDP in einem Antrag dazu auf, ihre Atompolitik grundsätzlich zu ändern und die Entscheidungen nicht länger aufzuschieben. „Schwarz- Gelb versucht es jetzt mit Tricks, um sich über die Wahl zu retten: Baden- Württemberg braucht kein Moratorium, sondern die endgültige Stilllegung von Neckarwestheim“, erklärt Nils Schmid, SPD- Spitzenkandidat und Fraktionsvizechef. Eine Aussetzung der Laufzeitverlängerung reiche keinesfalls aus. „Ministerpräsident Mappus war doch derjenige, der maßgeblich verantwortlich für die Laufzeitverlängerung war und den Rücktritt des eigenen Umweltministers gefordert hatte“, sagt Grünen- Spitzenkandidat Winfried Kretschmann. Im Übrigen wäre Neckarwestheim I nach dem alten Ausstiegsgesetz längst vom Netz genommen worden. CDU und FDP seien dafür verantwortlich, dass dieser Pannenreaktor bis heute noch am Netz hänge.

Die Fraktionen beantragen, die beiden Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I sofort und endgültig stillzulegen. Dazu sollen neben politischen Vorstößen zur Änderung des Atomgesetzes auf Bundesebene alle Möglichkeiten des Landes im Rahmen der Atomaufsicht und als Miteigentümer ausgeschöpft werden. Zudem wollen SPD und Grüne, dass die Laufzeitverlängerung der Atommeiler zurückgenommen wird. Dazu soll das Land sich in der Sitzung des Bundesrates am 18. März dem Entschließungsantrag des Landes Nordrhein- Westfalen anschließen.

Demgegenüber reiche die in Berlin angestrebte Aussetzung der Laufzeitverlängerung auf keinen Fall aus. „Die Atomparteien CDU und FDP müssen endlich erkennen, dass bei dieser hochgefährlichen Technik für die Menschen kein Restrisiko mehr tragbar ist: Die alten Meiler müssen sofort abgeschaltet werden“, fordert Schmid. Und Kretschmann: „Die Bundesregierung muss das alte Atomgesetz von Rot- Grün wieder in Kraft setzen.“

14.03.2011

www.nils-schmid.de



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Evelyne Gebhardt:

„Die Finanztransaktionssteuer ist ein Meilenstein bei der Bekämpfung gefährlicher Spekulationen“

Mit einer überzeugenden Mehrheit hat das Parlament in Straßburg heute die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach einer Finanztransaktionssteuer angenommen. Noch letzte Woche hatte sich bei einer Abstimmung im Wirtschaftsausschuss des Parlaments eine blockierende Mehrheit von Konservativen und Liberalen gegen eine solche Steuer ausgesprochen. Heute jedoch gelang es den progressiven Kräften in der europäischen Volksvertretung ihre Forderung durchzusetzen. „Ich bin erfreut und erleichtert über diese Entscheidung“ sagte Evelyne Gebhardt im Anschluss an die Abstimmung und zeigte sich überzeugt, „dass auf diesem Weg die Spekulationen eingeschränkt werden können und Anreize für langfristige Investitionen geschaffen werden“.

Schon lange wird über die Einführung einer solchen Abgabe gestritten, nun endlich hat sich das Parlament klar dafür ausgesprochen. Es ist jetzt an der EU-Kommission, dem von den Abgeordneten aufgebauten moralischen Druck zu entsprechen und weitergehende Schritte einzuleiten. „Das Parlament als Stimme der Europäischen Bürger und Bürgerinnen muss ernst genommen werden, die EU-Kommission kann sich einer Finanztransaktionssteuer nun nicht mehr verschließen“, ist sich Evelyne Gebhardt sicher.

„Die Verursacher der Finanzkrise haftbar zu machen ist überfällig, wir müssen für die Zukunft sorgen und dürfen uns nicht mehr von der Finanzbranche vorführen lassen“, gibt sich die Hohenloherin weiterhin kämpferisch und fügt an, „dass Europa als größtem Finanzplatz der Welt eine Vorbildfunktion zukommt“. Die Forderung einer globalen Transaktionssteuer lässt sich zwar noch schwer umsetzen, doch muss Europa mit gutem Beispiel vorangehen, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und einer weltweiten Lösung Vorschub zu leisten.

Hintergrund:

Der von Anni Podimata, MdEP, vorgelegte Bericht über innovative Finanzierungsmöglichkeiten auf globaler und europäischer Ebene schlägt für die Finanztransaktionssteuer einen Steuersatz zwischen 0,01 % und 0,05 % vor. Weiterhin ist eine breite Steuergrundlage, die alle Arten von Transaktionen umfasst vorgesehen, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden und eine Verlagerung in weniger regulierte Teile des Finanzsektors verhindert wird. Klar definierte Ausnahmen und Schwellenwerte sollen die Erfordernisse von Privatanlegern und Kleinanlegern berücksichtigen.

Künzelsau, den 8. März 2011
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Evelyne Gebhardt:

"Eine Binnenmarktakte ohne sozialen Bezug ist nicht akzeptabel"

Keine Zustimmung der Sozialdemokraten im Binnenmarktausschuss

Konservative und Liberale verneinen die soziale Dimension des europäischen Binnenmarkts. Als „enttäuschend auf ganzer Linie“ bezeichnete daher Evelyne Gebhardt, SPD-Europaabgeordnete und Koordinatorin der S&D-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, das Abstimmungsergebnis über die Berichte zum Kommissionsvorschlag für einen Aktionsplan zur Wiederbelebung des europäischen Binnenmarkts am Mittwoch im Ausschuss des Europäischen Parlaments.

„Ich bedauere sehr, dass für meine Fraktion eine Zustimmung nicht möglich war. Umso mehr, als im Kommissionsvorschlag durchaus richtige Ansätze zu erkennen waren, die wir durch eine klare Position im Europäischen Parlament gerne gestärkt und weiterentwickelt hätten“, erklärte Evelyne Gebhardt. „Insbesondere die Tatsache, dass die bereits an anderer Stelle vom Parlament eingeforderte Sozialklausel in den Berichten überhaupt keine Erwähnung findet, ist für uns jedoch nicht hinnehmbar“, erklärte die SPD-Abgeordnete.

„Die soziale Dimension des Binnenmarktes ist eine fundamentale Voraussetzung dafür, dass die Europäische Union bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Akzeptanz findet. Daher müssen wir die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen und dafür Sorge tragen, dass in ganz Europa die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Leider zeigt die heutige Abstimmung einmal mehr, dass Konservative und Liberale dies immer noch nicht begriffen haben“, kritisierte Evelyne Gebhardt.

Selbstverständlich wird sich die sozialdemokratische Fraktion auch weiterhin in konstruktiver Weise für die Stärkung sozialer Aspekte in der Binnenmarktakte einsetzen: „Wenn EU-Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier sich für die Realisierung der im Lissabon-Vertrag festgeschriebenen Sozialklausel und den Schutz der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse starkmacht, so kann er sich des Rückhalts der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sicher sein“, so Evelyne Gebhardt abschließend.

Hintergrund:

Am 27. Oktober 2010 stellte die EU-Kommission einen Aktionsplan, die sogenannte Binnenmarktakte, vor. Dieser enthält 50 Maßnahmen zur Wiederbelebung des europäischen Binnenmarktes. Gemeinsam mit den Regierungen der Mitgliedstaaten, dem EU-Parlament und Vertretern der Zivilgesellschaft will die EU-Kommission auf einen Abschluss der Maßnahmen bis Ende 2012 hinarbeiten.

Brüssel, 16.03.2011

Für weitere Informationen: Büro Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel (Pressesprecherin)

Peter SIMON:

"Weitere Etappe auf dem Weg zu krisenfesten Sparbüchern und Girokonten"

Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments behandelt erstmals Vorschlag zur Neuregelung der Einlagensicherungssysteme

Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung am Mittwoch hat der SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**, Berichterstatter des Europaparlaments, seinen Vorschlag zur Neuregelung der Einlagensicherungssysteme erstmals vorgestellt. Einlagensicherungssysteme garantieren den Kunden bei Ausfall des Kreditinstituts die Gelder auf ihren Sparbüchern und Girokonten. Ein hohes Schutzniveau stärkt das Vertrauen der Einleger und trägt damit zugleich zur Stabilität des Finanzsystems bei. "Eine flexible Lösung für ein stabileres Europa", erläuterte der SPD-Europaabgeordnete sein Konzept im Ausschuss.

In seinem Vorschlag plädiert **Peter SIMON** für gemeinsame Anforderungen an alle Sicherungssysteme in Europa unter Einbeziehung bewährter Modelle. "Wenn sich mein Entwurf durchsetzt, können die deutschen Sparer künftig noch stärker auf die bewährte Institutssicherung der Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken sowie auf das Sicherungssystem privater Banken vertrauen", so **Peter SIMON**.

Während der Ausschusssitzung kritisierte der SPD-Europaabgeordnete den zuvor von der Europäischen Kommission hierzu vorgelegten Entwurf: "Die Berücksichtigung der Unterschiedlichkeiten der einzelnen Länder und Bankenmärkte sowie die Förderung vorbeugend wirkender Schutzmaßnahmen, die eine Auszahlung der Einleger erst gar nicht nötig machen, kommen im Vorschlag der EU-Kommission viel zu kurz."

Um die Vorstellungen der Kommission im weiteren Gesetzgebungsverfahren umfassend abzuändern, bedarf es breiter parlamentarischer Mehrheiten, weiß **Peter SIMON**. "Bereits im Verlauf der Ausarbeitung meines Vorschlages habe ich daher den Kontakt zu den verantwortlichen Schattenberichterstattern der anderen Fraktionen gesucht und ihre konstruktiven Anregungen aufgegriffen", so der Europaabgeordnete.

Am 23. März findet im Ausschuss für Wirtschaft und Währung eine öffentliche Anhörung statt. "Gerade aufgrund der vielen positiven Rückmeldungen bisher bin ich gespannt auf die Anhörung, bei der die Experten aus den Bereichen Verbraucherschutz, Bankenwesen und Einlagensicherungssystemen Rede und Antwort stehen und die praktische Seite der Neuregelung darstellen werden.", so **Peter SIMON**. Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung haben nun bis zum 31. März Zeit, Änderungsanträge einzureichen, die dann am 20. April diskutiert werden. Die Abstimmung im Ausschuss findet am 09. Mai statt.

Brüssel, 16.03.2011

Für weitere Informationen: Büro Peter Simon und Algara Stenzel (Pressesprecherin)

**SPD - Kreisverband
Bodenseekreis**



MdL Norbert Zeller

Zeller zu mtu/Tognum-Verkauf

Brennstoffzellenentwicklung muss bleiben

Grundsätzlich positiv bewertet der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller die Tognum Übernahme durch Daimler und Rolls Royce. „Damit wird auch eine Fehlentscheidung in Sachen Brennstoffzelle korrigiert“, freut sich Zeller. Der Abgeordnete hatte sich zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag, Claus Schmiedel, für die Fortführung der Brennstoffzellenentwicklung eingesetzt. Unterstützt wird der SPD-Abgeordnete da-

rin auch von Bundesministerin Schavan, die den ursprünglichen Ausstieg der Firmenleitung von mtu/Tognum aus der Brennstoffzellenentwicklung in einem Schreiben an Zeller bedauert hat.

Zeller begrüßt die Absicht, den Firmensitz weiterhin in Friedrichshafen zu belassen. „Ich hoffe, dass dies auch mittelfristig gilt“. Die Zusage, wonach kein Arbeitsplatzabbau erfolgen soll, verknüpft Zeller an die Hoffnung, dass für die relativ hohe Zahl der Leiharbeiter und der befristeten Arbeitsverträge eine Umwandlung in feste Arbeitsverträge erfolgt. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss auch für die mtu gelten“. Auch appelliert Zeller an die neue Gesellschaft und den Vorstand, die Zahl der Auszubildenden nicht zurückzufahren, sondern eher zu erhöhen. „Schließlich wäre es unglaublich sich über den Fachkräftemangel zu beschweren und gleichzeitig in der Ausbildungsbereitschaft nachzulassen“, so Zeller.

10.03.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Zeller erhielt Struve-Hut

Ausgezeichnet mit dem „Struve-Hut“, der an den badischen Revolutionär von 1848/49 erinnern soll, wurde am Mittwoch in Wehr bei Waldshut der SPD - Landtagsabgeordnete Norbert Zeller aus Friedrichshafen.

Der Struve-Hut wurde zum siebten Mal vom Ortsverein der Sozialdemokraten in Wehr an Personen, die sich für Wohlstand, Freiheit und Bildung einsetzen, verliehen. Struve war 1848 als eine der großen Leitfiguren der badischen Revolution im historischen Gasthaus Krone in Wehr festgesetzt worden.



v. li. Karin Kaiser, Norbert Zeller, Alfred Winkler

In einer Feierstunde wurde nun Norbert Zeller als SPD-Bildungspolitiker geehrt, weil er sich für seit Jahren für mehr Bildungsgerechtigkeit als Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg einsetzt. Beitragsfreie Kindertagesstätten und Kindergärten, mehr Ganztageschulen, die Einbeziehung behinderter Kinder in die Regelschule, längere gemeinsame Lernzeiten, individuelle Förderung u. v. m. fordert Zeller für alle Kinder und zwar unabhängig von ihrer Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern. Übereicht wurde der Struve-Hut von Karin Kaiser, SPD-Ortsvereinsvorsitzende

aus Wehr und dem Abgeordneten Alfred Winkler, der die Laudatio hielt.

10.03.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Norbert Zeller zu Atompolitik:

Japan zeigt auch unsere atomare Verwundbarkeit

„Die schrecklichen Ereignisse um die Atomkraftwerke in Japan nach dem Erdbeben zeigen, wie falsch die Atompolitik der aktuellen Bundesregierung und der Landesregierung in Baden-Württemberg ist“, kritisiert der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller in tiefem Mitgefühl mit den Opfern in Japan. „Auch unsere Kern- und Atomenergiegewinnung ist nicht beherrschbar und der Weg der Laufzeitverlängerung ein verheerenden falscher Schritt der CDU/FDP in Bund und Land ist, wie ich es seit Jahren anprangere“.

Der Atomausstiegs-Kompromiss, unter SPD-Kanzler Schröder mit den vier Energiekonzernen beschlossen, hätte die schon erfolgte Schließung der beiden ältesten Reaktoren in Philippsburg I und Neckarwestheim I bereits zur Folge gehabt und ein Stück mehr Sicherheit für unser Land bedeutet, erklärt Zeller, der auch als vehementer Befürworter der Windenergienutzung an die unter Ministerpräsident Erwin Teufel geradezu „verteufelte“ Windenergiegewinnung erinnert. Unter Teufel gab es eine Blockade für Windräder, was ein völlig falscher Weg für Baden-Württemberg war, bemängelt Norbert Zeller, der es auch sehr bedauert, dass die schwarz-gelbe Energiepolitik in Bund und Land mit der Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke zu Lasten des Ausbaues erneuerbarer Energien gegangen ist. „Wir haben jetzt in Japan vor Augen, wie unbeherrschbar die Atomenergieerzeugung ist“, so Zeller.

Von den vier Atomkraftwerken im Land werde die Hälfte unseres Stromverbrauchs erzeugt und zwei davon seien so alt, dass sie ohne Betonhülle kaum Schutz gegen Flugzeugabstürze bieten und diese sollen trotz immer häufigerer Pannen noch acht Jahre länger laufen. Auch das Thema hochradioaktiver Müll, der Hunderte von Generationen eine gefährliche Bürde auflege, sei unverantwortlich. „Deshalb muss ohne Wenn und Aber erneuerbaren Energien Vorrang eingeräumt werden, wie es die SPD im Baden-Württemberg fordert“, so der Landtagsabgeordnete der Bodenseeregion. „Seit Jahren bin ich wie ein Rufer in der Wüste mit meinen Forderungen für erneuerbare sichere Energiegewinnung und nun haben mich die schlimmsten Befürchtungen durch die Ereignisse in Japan eingeholt“ resümiert Zeller, der sich in seiner Energiepolitik durch das große Unglück in Japan bestätigt sieht und deshalb in Baden-Württemberg seinen einge-

schlagenen Weg „weg vom Atomstrom“ weiter verfolgen wird.

14.03.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Ramazan Bilir holt Regierungsteammitglied Macit Karaahmetoglu in den Linzgau

Markdorf – Häufig gibt es so etwas nicht. Ramazan Bilir, Vorsitzender des Markdorfer Fußballvereins „Bodensee Türkgücü“, hat es geschafft. Er lud ein zu einem Treffen mit der türkischstämmigen Bevölkerung. Es kamen der SPD-Landtagsabgeordnete und Kandidat Norbert Zeller, sein Zweitkandidat Adnan Sabah und Macit Karaahmetoglu, Mitglied des Regierungsteams um Nils Schmid.

Karaahmetoglu stellte fest: „In Baden-Württemberg bestimmt generell die sozio-ökonomische Herkunft die Bildungschancen der Kinder. Diese soziale Ungerechtigkeit betrifft besonders stark die Menschen mit Migrationshintergrund.“ „Noch immer stellt die türkischstämmige Bevölkerung einen überproportionalen Teil der Unterschicht dar.“ Daran, so Karaahmetoglu, trage auch die frühe Selektion innerhalb des Schulsystems eine gewisse Mitschuld. „Die bisherige Ausgrenzungspolitik der Landesregierung hat hier immensen Schaden angerichtet: große Teile der Bevölkerung werden einfach nicht mitgenommen. Dabei wären gleiche Bildungschancen für alle ein Gebot der Vernunft: „*Problemgruppen als Bildungsreserven begreifen!*“ Rund 10.000 Menschen warten z. B. auf Integrationskurse.



**Von links: Adnan Sabah, Macit Karaahmetoglu, Norbert Zeller, Ramazan Bilir
Foto: Ferdinand Kuschnick**

Dass rund ein Viertel unserer Bevölkerung in Baden-Württemberg einen Migrationshintergrund hat, zeigt sich in vielen Berufsgruppen kaum. Es gibt so gut wie keine Erzieher, Lehrer oder Staatsanwälte und Richter. Karaahmetoglu selbst ist Rechtsanwalt. Die unterschiedliche Behandlung der eigenen Staatsbürger mit Migrationshintergrund macht die Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft problemat-

isch. „Die CDU hört mit dem „patriotischen Theater“ (Debatten über Islam, Ehrenmorde usw.) erst auf, wenn sie dabei Wahlen verliert“, dabei erschweren solche Debatten – auch die von Sarrazin angestoßene – die Integration. Er merkte an: „Sprache ist der Schlüssel in die Gesellschaft, demnach müssen alle türkisch stämmigen Mitbürger auch Deutsch lernen.“

Norbert Zeller, selbst Sonderschullehrer: „Wir müssen das Zusammenleben lernen und als selbstverständlich betrachten, unabhängig von Sprache, Herkunft und Hautfarbe.“ Alle Kinder müssen gleiche Chancen in den Schulen und Kindergärten bekommen. Längeres gemeinsames Lernen unter Einchluss (Inklusion) behinderter Kinder ist die Zukunft der Schule.

Ramazan Bilir stellte fest, dass von den rund 140 Vereinen in Markdorf, nur einer türkisch ist: der Fußballverein „Bodensee Türkgücü“. Im Freizeitbereich findet Integration kaum statt. Hasan Ögütü von der Alevitischen Gemeinde Ravensburg (wohaft im Bodenseekreis) wünscht sich „Brückkontakte“ zwischen den örtlichen Vereinen und den Migrationsgruppen. „Wir dürfen nicht nebeneinander leben. Wir müssen zusammen diskutieren, Politik betreiben und auch gemeinsam feiern.“ Gazi Sorhun aus Friedrichshafen (FC Dostluk) sorgte sich um die Arbeit der Nachhilfeinstitute. Norbert Zeller verwies auf die zukünftige Schule, bei der Nachhilfeunterricht überflüssig werden soll.

Manfred Bastian Vorsitzender des Ortsvereins Markdorf, überlegt ob der vor etlichen Jahren ins Leben gerufene Verein „Solidaram“ (Solidarität mit ausländischen Mitbürgern) mit Hilfe des SPD Ortsvereins Markdorf neu belebt werden könnte.

13.03.2011

Karl-Heinz König

SPD-Diskussion in Sipplingen:

Stammtisch von Zeller gefesselt

Norbert Zeller war nach Sipplingen gekommen um mit dem SPD-Ortsverein Sipplingen zu örtlichen Fragen und Problemen zu reden, dass dabei die Menschen am benachbarten Stammtisch hellhörig wurden und mitdiskutierten, freute den Abgeordneten. „Das zentrale Thema ist jetzt das Geschehen in Japan. Die Technikgläubigkeit der Regierung in Bund und Land ist widerlegt“, so Zeller. Das plötzlich von der Kanzlerin erklärte Moratorium zur Laufzeitverlängerung zeuge von einer verantwortungslosen Politik. „Was geschieht eigentlich nach den drei Monaten? Da sind dann ja die gefährlichen Landtagswahlen vorüber!“, unkte Zeller.

Die SPD stehe schon lange für eine alternative Nutzung regenerativer Energien. Während die Regierung Teufel noch gegen eine „Verspargelung der

Landschaft“ agierte, erklärte die SPD aufgrund von Studien schon, dass 900 Windräder ein Kernkraftwerk ersetzen können. Mit einem Mix aus erneuerbaren Energien, Energieeinsparung (LED-Technik bei Straßenbeleuchtung, Niedrigenergiehäusern, Anwendung von Geothermie bei Einfamilienhäusern) könne nicht nur ein Energieumgang umweltverträglich erfolgen, sondern es können auch neue Arbeitsplätze – besonders auch beim Handwerk geschaffen werden.



Foto: Juergen Knauf-Kortner

Dass Sipplingen enorm unter dem Schwerlastverkehr leidet, war ein weiteres Thema, das Zeller anschnitt. Er berichtete, dass die zuständige Ministerin Gönner eine Bemaßung der Strecke ablehnte. Zeller wird an diesem Thema dranbleiben.

In der Diskussion wurde die Möglichkeit einer Umgehung Espasingens mit Anschluss an die Autobahn Stockach-West angesprochen. Der dauernd verzögerte Ausbau der B 31 gehe nur teilweise zu Lasten des Bundes, erklärte Zeller. Dieser habe um 90 Millionen € pro Jahr allein für Baden-Württemberg die Straßenbaumittel gekürzt. Das Land aber ist für Planung und Priorisierung zuständig, erläuterte der Abgeordnete. „Während die Planfeststellung Friedrichshafen und Überlingen endlich da ist, wird zwischen Überlingen und Immenstaad derzeit nicht einmal geplant“.

Gleiches gelte für den Schienenverkehr. Deutschland steht mit Ausgaben von 47€ pro Kopf im Jahr deutlich am hinteren Ende der europäischen Länder. Die Schweiz gibt für den Schienenverkehr 284 € pro Kopf aus. Während bei der Südbahn wenigstens der Beginn der Elektrifizierung in Sicht sei, fehle es bei der Bodenseegürtelbahn sogar noch an der Planung.

Die Forderungen verlangen nach Geld – woher nehmen? Die jetzige Landesregierung mache mit der Neuverschuldung munter weiter, verschleierte sie auch. Beispiel: Beamtenpensionen. Diese würden ohne Rücklagenbildung finanziert. Damit steht Baden-Württemberg an einer der letzten Stellen der Länder. Daher fordere die SPD: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Transaktionssteuer nicht nur für Börsengeschäfte, Stärkung der Finanzverwaltung in Richtung Steuerehrlichkeit.

Mit dem 01.05. 2011 komme die Freigabe der Dienstleitungsrichtlinie durch die EU. „Deshalb brauchen wir dringend Mindestlöhne und das Tarifneugesetz ‚das Schwarz/Gelb abgelehnt hat“, so Zeller, nach dem Motto gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Zum Schluss bot Norbert Zeller den Sipplingern weitere Hilfe zum Erhalt ihrer Schule mit „ihrem tollen Angebot“ an. Bei der anschließenden Diskussion wurde neben der Vertiefung der angesprochenen Themen der rasche Ausstieg besonders auch wegen der global ungelösten Entsorgungsfrage des Atom Mülls gefordert.

Wilfried Biester als kommissarischer SPD-Ortsvereinsvorsitzender konnte neben seinen Dank an Norbert Zeller auch einen Dank an die eifrig und aufmerksam teilnehmenden Mitglieder der nebenan sitzenden Stammtischmitglieder aussprechen.

15.03.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Norbert Zeller MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bodenseekreis

Tel. 07541 32250 Fax 07541 75553

Norbert Zeller, Moltkestr. 10, 88046 Friedrichshafen

Landratsamt Bodenseekreis

Herrn Landrat

Lothar Wölfle

Albrechtstr. 77

88045 Friedrichshafen

Friedrichshafen,

16.03.2011/23.03.2011

Ze/1a

Antrag der SPD-Fraktion den Tagesordnungspunkt EnBW auf die TO der nächsten öffentlichen Kreistagssitzung zu nehmen

Sehr geehrter Herr Wölfle,

die schrecklichen Ereignisse in Japan führen nun auch zu einem Umdenken über die Verwendung der friedlichen Nutzung der Atomenergie in Deutschland. Davon betroffen ist auch die EnBW, an der wir über die OEW zu 45,01 % beteiligt sind.

Namens der SPD-Fraktion beantrage ich den Tagesordnungspunkt „Zukunft der EnBW und Strategie der OEW“ auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Kreistagssitzung zu nehmen. Insbesondere soll dabei die Veränderung bzw. Abkehr von der Atomenergie sowie die wirtschaftliche Situation des Unternehmens EnBW angesprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Zeller

norbert.zeller@spd.landtag-bw.de

Norbert Zeller MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bodenseekreis
Tel. 07541 32250 Fax 07541 75553

Norbert Zeller, Moltkestr. 10, 88046 Friedrichshafen

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Herrn Vorsitzender des Vorstands

Hans-Peter Villis

Durlacher Allee 93

76131 Karlsruhe

Friedrichshafen, 16.03.2011

Ze/la

Ausstieg aus der Atomenergie

Sehr geehrter Herr Villis,
namens der SPD-Kreistagsfraktionen der OEW-Landkreise fordere ich Sie auf

1. Die Atomkraftwerke Phillippsburg I und Neckarwestheim I sofort dauerhaft stillzulegen. Es reicht nicht aus, lediglich Neckarwestheim I freiwillig für drei Monate vom Netz zu nehmen.

2. Phillippsburg II und Neckarwestheim II, denen nach dem Atomgesetz aus dem Jahr 2002 noch Strommengen zur Verfügung stehen, einer eingehenden sicherheitstechnischen Überprüfung auf der Grundlage des Stands von Wissenschaft und Technik zu unterziehen und dementsprechend nachzurüsten.

3. Die Atomenergie durch erneuerbare Energien, Energieeinsparungskonzepte, Energieeffizienz und moderne Kraftwärmekopplungsanlagen zu ersetzen. Die Machbarkeit wurde bereits durch den Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung im vergangenen Jahr unmissverständlich belegt.

Die katastrophalen Ereignisse in bislang zwei der japanischen Atomkraftwerke zeigen, dass nach den beiden Reaktorkatastrophen des letzten Jahrhunderts – 1978 im US-AKW Three-Miles-Island in Harrisburgh und 1986 im sowjetischen AKW in Tschernobyl – auch im 21. Jahrhundert niemand von einem dauerhaft sicheren Betrieb von Atomkraftwerken ausgehen kann. Die Gefahr eines Super-GAU in Folge einer Kernschmelze ist keineswegs eine theoretische und rein mathematische Rechengröße, sondern eine ganz konkrete und im Alltagsbetrieb von Atomkraftwerken reale Gefahr. Nach dem weltweiten Umdenken bei der militärischen Nutzung der Atomenergie zwingen deshalb die verheerenden Folgen für Mensch und Natur eines solchen Super-GAU spätestens jetzt zu einem weltweiten Umdenken auch bei der zivilen Nutzung der Atomenergie. Das atomare Zeitalter muss zu Ende sein.

Auch in Deutschland können Erdbeben auftreten, die stärker sind als bei der Auslegung der vorhan-

denen Atomkraftwerke angenommen wurde. Daneben sind menschliches Versagen im Betrieb, schwere Stromausfälle und das Versagen der Notkühlung denkbar. Hinzu kommt, dass insbesondere bei den beiden unter 1. genannten Atomkraftwerken keine wirkungsvolle Sicherheit gegen Flugzeugabstürze gegeben ist, sei es durch einen Flugzeugdefekt oder auch einen terroristischen Akt bedingt.

Die erschütternden Vorgänge in Japan machen jedem klar, dass solche bislang als „Restrisiken“ verharmlosten Risiken angesichts der Gefahr für Leib und Leben von Millionen Menschen und unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen nicht länger aus rein wirtschaftlichen Interessen hingenommen werden dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Zeller

Ortsverein Immenstaad:

Einladung zum SPD Info- Abend

**Dienstag, 05.04.2011,
19:30 Uhr - 22:30**

Ort:

S'Deutsche Stube, hinterer Aufgang Rathaus

Der SPD Vorstand lädt ein zu einem
zweigeteilten Informations- und OV- Abend

Von **19.30 h – ca. 20 h** findet eine
Mitgliederversammlung des SPD Ortsvereins
statt.

Tagesordnungspunkte:

- Wahl- Nachlese
- **Wahl der Kreis- Delegierten**
- **Wahl der Ersatz- Delegierten**

Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen.

Die Privatisierung von öffentlichen Leistungen zur Daseinsvorsorge ist ein immer wieder heiß diskutiertes Thema. Daher wollen wir gemeinsam den Dokumentations- Film

„**Wasser unterm Hammer**“,

<http://www.watermakesmoney.com>

anschauen und anschließend diskutieren. Dazu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

Die Produzentenfirma schreibt:

„Die Wasserversorgung ist weltweit noch zu mehr als 80% in öffentlicher Hand. Doch überall, wo finanziell klamme Kommunen nach Entlastung suchen, klopfen die weltgrößten Wasserkonzerne Veolia und Suez an die Tür. Innerhalb der letzten 10 Jahre hat allein Veolia es geschafft, nach eigen-

en Angaben in 450 deutschen Städten die Wasserversorgung zu übernehmen oder an ihr beteiligt zu werden. Mittlerweile ist der französische Konzern incl. seiner Beteiligungen im Trink- und Abwasserbereich etwa gleichauf mit Gelsenwasser der größte Versorger in Deutschland. Ähnliche Expansionserfolge sind in Polen, den Baltischen Republiken, Lettland, Estland, Litauen, der Tschechische Republik, der Slowakei, Rumänien, Italien, Spanien, den USA und nun auch in China zu verzeichnen, wo Veolia laufend die Unterschrift neuer Verträge verkündet.“

22.03.2011

Irene Demuth

Zeller zum Langenargener Schulbeschluss:

Nachträglicher Erfolg des Bürgerentscheids

Erfreut nahm der SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg Norbert Zeller SPD die Entscheidung des Gemeinderats in Langenargen, einen Antrag auf eine Werkrealschule zu stellen, zur Kenntnis. Auf Antrag der SPD-Fraktion im Gemeinderat wird die Gemeinde eine eigene Werkrealschule beim Land beantragen, die sowohl einen Hauptschulabschluss als auch einen Realschulabschluss anbieten wird.

„Damit hat der Bürgerentscheid zu Gunsten des Schulstandorts Langenargen nachträglich einen weiteren Erfolg“, so Zeller. SPD und Freie Wähler stimmten für diese Aufwertung der Hauptschule und damit für eine neue schulische Qualität. Bildungsexperte Norbert Zeller will alles daransetzen, dass der Antrag der Gemeinde Langenargen in Stuttgart positiv beschieden wird, „am Besten natürlich in Regierungsverantwortung der SPD“, so Zeller süffisant.

Für die Parkschule in Kressbronn würde nach Ansicht Zellers die Langenargener Sekundarschule eine deutliche räumliche Entlastung bringen. Ganztagschulkonzepte könnten so leichter realisiert werden. Außerdem plädiert Zeller zu prüfen, welche Voraussetzungen notwendig sind, um ein gymnasiales Angebot in Form einer Oberstufe in Kressbronn anzubieten. Der Bildungswissenschaftler Tino Bargel von der Universität Konstanz hatte dieses schulische Angebot für Kressbronn in einem Gutachten als realistisch nachgewiesen, erklärt Zeller.

http://www.gew-bw.de/Binaries/Binary16017/10-04-14_Gutachten_-

[Bodenseekreis Endfassung lang.pdf](#)

22.03.2011

Büro Norbert Zeller, MdL

Roland Kaczmarek neuer OV Vorsitzender in Friedrichshafen

Friedrichshafen – Nach einer Amtszeit des 2010 gewählten Vorstandes von einem Jahr, waren Neuwahlen notwendig geworden. Der Vorsitzende Karl-Heinz Wulle trat wegen unvorhersehbarer geschäftlicher Belastung als Betriebsratvorsitzender bei Tognum/mtu von seinem Amt zurück. Wulle dankte seinen Stellvertretern Dieter Stauber und Roland Kaczmarek für ihre Unterstützung während der Zeit, als er für die SPD wegen der Geschehnisse bei Tognum/MTU nicht so agieren konnte wie geplant. Er stellte fest: „Genossen lassen einen nicht hängen“.

Die Entlastung für den scheidenden Vorsitzenden und der Kassierer Angelika Ahlfänger erfolgte einstimmig.

Für die SPD-Fraktion im Gemeinderat berichtete für den abwesenden Roland Frank Dieter Stauber. Stellung. Wegen der Krise sei ein Doppel-Haushalt für 2010/2011 nötig geworden. Der Gemeinderat sei gerade in den Ausschussberatungen für einen Nachtragshaushalt für 2011. Wegen unerwartet höheren Gewerbesteuer-Mehreinnahmen seien die geplanten Kredite überflüssig. Man könne sogar Schulden abbauen. Die Einstellung eines Klimamanagers sowie eines Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement und weitere Anstrengungen zum Thema „Bildung“ fanden seine Zustimmung.

Zum neuen Chef wurde dann **Roland Kaczmarek** fast einstimmig (eine ungültige Stimme) gewählt. Der bisherige Stellvertreter (seit 2008) ist 55 Jahre alt und Verwaltungsbeamter beim Landratsamt. Er versprach, sein Amt zu mit aller Energie auszuüben. Das „fleißige, zuverlässige Organisationstalent“ (Dieter Stauber), beabsichtigt, mehr Frauen und Jugendliche in die Partei zu holen: „Wir müssen den Menschen Antworten bieten und zeigen, dass wir die Partei der sozialen Gerechtigkeit sind“.

Wegen des Wechsels im Vorstand wurden weitere Wahlen notwendig:

- **Werner Nuber**, bisheriger Schriftführer, wurde als neuer stellvertretender Vorsitzender einstimmig gewählt.
- Ebenfalls einstimmig wurde die bisherige Beisitzerin **Daria Napolano** gewählt.
- **Karl-Heinz Wulle** bleibt dem Vorstand erhalten als Beisitzer.

Die Versammlung wählte dann noch 17 Kreisdelegierte und 4 Ersatzdelegierte.

Wie üblich gab es auch in diesem Jahr Ehrungen:

Wolfgang Müller wurde für **40jährige** Parteizugehörigkeit geehrt. Annelie Müller-Franken nannte ihn einen echten Häfler und „eher Ruhigen im Ortsverein“.

Maria **Heipl-Ruckert** kann auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Rotraud Binder hielt die Laudatio für die Lehrerin, die während ihres Politikstudiums eine Hausarbeit über die SPD geschrieben hat.

Ebenfalls 25 Jahre ist **Kamil Balikavlayan** in der SPD. Dieter Stauber würdigte ihn als vielfältig Engagierten, „unaufgeregt und still“. Neben seinem unentwegten Engagement besonders im Bereich der Integration findet er sogar noch Zeit, Englisch zu lernen und zu einem Ingenieursstudium.

Für zehn Jahre Parteizugehörigkeit wurden **Antje Bieler, Roland Priebe** und **Gloria Tirapegui Rojas** geehrt.

Norbert Zeller, MdL und Vorsitzender der Kreistagsfraktion der SPD, nahm als Mitglied des Ortsvereins Stellung zur Situation In Land, Stadt und Kreis. Den Ausstieg aus dem Ausstieg nannte er einen Kardinalfehler.

Wer weiß, dass Mappus kürzlich noch Atomlobbyist war, kann ihn nicht für glaubwürdig halten. Bei der Erörterung der Verkehrssituation ging dem sonst eher ruhigen Zeller der Gaul durch. „Eine Granatensauerei“ nannte er das Verhalten seines CDU-Konkurrenten Ulrich Müller, der in seinem „Seniorenwählerbrief“ sich als Retter der B 31 produziere. „Nichts hat er erreicht“. Man weiß, dass es vor 2014 kein Geld für den Weiterbau der B 31 gibt. Der Bund zahlt an das Land seit jetzt bis 2014 jährlich 90 Millionen weniger für die Fernstraßen im Land. Müller habe in neun Jahren Regierungsverantwortung in Sachen B31 „total versagt“ und dränge sich jetzt in den Vordergrund und behauptete, das Vorfinanzierungsmodell sei seine Idee gewesen. Südbahn und Bodenseegürtelbahn sieht Zeller ebenfalls als dringende und bisher eher durch das Land vernachlässigte Projekte.

Leon Hahn, der Vorsitzende der Jusos im Kreis, berichtete über die Arbeit der Jusos in Kreis, Land und vor Ort. Hahn will „die Jugend wieder stärker zur SPD holen“ und warb für eine stärkere Unterstützung der Jusos bei ihrer Arbeit.

Die Präsentation der neuen Homepage des Ortsvereins fand reges Interesse und Beifall.

20.03.2010

Karl-Heinz König

Fotos zum Vorstand und der Ehrung finden sich auf den Seiten 2 und 2

Unser Kandidat für den Wahlkreis 67



Termine im Bodenseekreis

Norbert Zeller MdL bittet euch folgende wichtige Termine im Bodenseeraum für Zeit des LTW-Wahlkampfes vorzumerken:

- **Donnerstag, 24. März, Stand in Markdorf auf dem Markt 8.00-9.30 Uhr /Untertor**
- **Donnerstag 24. März, 21-22 Uhr Kneipentour in Friedrichshafen**
- **Freitag 25. März Stand in Meersburg 10 Uhr und „Volksdampf“ in Nussdorf 20:00 und anschließend Kneipenbummel in Überlingen** mit Norbert und Leon Hahn
- **Samstag 26. März Stand 9-12 Uhr in FN Infostand am Markt 8-12 in Überlingen**
Finanzen (ohne Norbert)
13 Uhr, Friedrichshafen, IBO Sporttalk „cool and clean“ Aktionsbühne Halle A 6, Sportkreis Bodensee
- **Sonntag 27.3. Wahl und Siegesfeier**
Ort: Claude- Dornier- Zimmer, Graf-Zeppelin- Haus
Wahlkreisbüro FN Stand 18.3.2011

Weitere Termine Seite 23

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Anfrage an den Nationalrat

9.3.11

Urheberin: Hildegard Fässler

Titel: Unterschiedliche Tarife für Menschen mit schwerer Behinderung und für RollstuhlfahrerInnen auf dem Bodensee und deren Begleitpersonen

Text/Begründung: 1063/2400

Derzeit gelten für schwerbehinderte Menschen und RollstuhlfahrerInnen auf den Bodenseeschiffen unterschiedliche Beförderungstarife, je nachdem, ob es sich um Schiffe auf der Schweizer oder der deutschen Seeseite handelt. Es gibt auch zwischen dem Untersee und dem Obersee unterschiedliche Regelungen. Das ist für die Benützerinnen und Benützer dieser Schiffe nicht nachvollziehbar. Eine einheitliche Regelung sollte dringend angestrebt werden.

Ich bitte den Bundesrat deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Tarifregelungen gelten für RollstuhlfahrerInnen und schwerbehinderte Menschen auf den Schiffen der Schweizer Bodenseeseite (differenziert nach Untersee und Obersee)?
2. Ist dem Bundesrat bekannt, welche entsprechenden Regelungen für Deutschland und Österreich gelten?
3. Ist der Bundesrat bereit, z.B. über die Internationale Bodenseekonferenz (IBK), sich für eine einheitliche Tarifgestaltung in allen drei Anrainerstaaten, sowie für den Obersee und den Untersee einzusetzen, die der jeweiligen Begleitperson Kostenfreiheit ermöglicht?

Hildegard Fässler, NR

Was ist eigentlich daraus geworden?

Teil IV

4. Prix Wasserfrau 2005 an das Frauenmuseum in Hittisau verliehen

Von Australien bis Vietnam: weltweit gibt es 15 Länder mit über 40 etablierten „Frauenmuseen“. In Deutschland gibt es eines in Bonn, in Bremen, in Stuttgart, Berlin, Wiesbaden, laut Wikipedia. Im Einzugsbereich des ROTEN SEEHAS gibt es aber nur eines, ein Einzigartiges!

Auf Initiative von **Elisabeth Stöckler** und einiger anderer engagierter Frauen konnte mitten im Bregenger Wald, also nicht in einer Großstadt, sondern im ländlichen Raum ein volkskundliches Heimatmuseum mit dem Schwerpunkt „Leben der Frauen“ eingerichtet werden. Das Frauenmuseum in Hittisau ist im Juli 2000 feierlich aus der Taufe gehoben worden. Die erste Ausstellung trug den Titel „Mythos und Alltag-eine sozialgeschichtliche Installation“. Elisabeth Stöckler pflegte dabei bewusst die lokale und regionale Verankerung der Bilder und Exponate in den schmucken Räumen des Museums. Sie sind von den meist bäuerlichen Familien in den Orten aus der nahen alpenländischen Umgebung zur Verfügung gestellt worden, wie Juliane Alton bei der Laudatio während der Preisverleihung in Bregenz berichtete. Elisabeth Stöckler, eine qualifizierte Museumskuratorin, leitete das Frauenmuseum bis 2009, „um das kulturelle Schaffen von Frauen sichtbar zu machen“, so die Preisträgerin. Das geschieht zumeist in Ausstellungen, aber auch in Vorträgen und Projekten, darunter nicht wenige für die Schulkinder, die manchmal beim Aufbau der Ausstellungen mithelfen dürfen.

Die Museumsgründerin hat Ende Februar 2009 Hittisau auf eigenen Wunsch verlassen. Sie übernahm

die Geschäftsführung der neu gebildeten Kunststiftung im Fürstentum Liechtenstein.

Im Zuge dieses Wechsels kam es im Landhaus in Bregenz (im Vorarlberger Landtag) zu einem Disput um die Förderung des Frauenmuseums. Das Bundesfrauenministerium in Wien lehnte Anträge auf eine Bezuschussung stets mit dem Hinweis ab, man fördere keine Institutionen, die sich in der Trägerschaft einer Stadt oder Gemeinde befinden. Lediglich eine Projektförderung konnte Wien zusagen. Der Landtagsclub der Grünen und die SPÖ-Politikerin u. Präsidentin der Sozialistischen Bodensee-Internationale, **Olga Pircher**, haben sich mit geringem Erfolg dafür eingesetzt, dass das Land Vorarlberg die Landessubvention von 68 000 Euro an das Frauenmuseum verdoppeln soll. Mit über 30 Ausstellungen seit dem Jahr 2000 hat das Frauenmuseum erfolgreich reüssieren können und bekam deshalb vor kurzem auch den neu geschaffenen **Kunstpreis der Bank Austria** verliehen, dotiert mit einem Preisgeld in Höhe von 70 000 Euro.

Kurz nach der Gründung präsentierten Elisabeth Stöckler und ihr Team die Ausstellung „Brennpunkt Küche: planen, ausstatten, nutzen“, und das Projekt „Frauen-Hand-Arbeit“. Im Jahr 2002/2003 dokumentierte das Frauenmuseum „Wege nach Frauenbrück und der Widerstand Vorarlberger Frauen gegen den Nationalsozialismus“. Weitere Ausstellungen waren den Themen „Tracht für Einheimische und Zweheimische“, „Die zweite Haut-Kunst und Kleidung“, „Familie und Beruf in Balance“, „Göttin- Hexe- Heilerin: zur Kulturgeschichte weiblicher Magie“, „Kopftuch Kulturen ein Stückchen Stoff in Geschichte und Gegenwart“, „1000 Frauen für den Frieden“, „INTIM-Geburt-Leben-Tod“, „Frauennachlässe-Fragmente aus vielen Leben“, „Reinheit und Reinigung- Reinigungsrituale zwischen Katharsis und sozialer Kontrolle“.

Die gesamte Liste kann im Internet bei wikipedia unter „Frauenmuseum Hittisau“ abgerufen werden. Schwerpunkt der Arbeit in diesem Jahr 2011 ist das Thema „Frauen und Gewalt“ mit 3 Ausstellungen und zahlreichen Vorträgen, Veranstaltungen und Filmssessions.

Ein Besuch im hinteren Bregenzer Wald, im Hittisauer Frauenmuseum, ist deshalb sehr zu empfehlen. Gerade auch im Blick auf das schwierige Verhältnis zwischen den Geschlechtern nicht nur in Familien mit Migranten-Hintergrund. Die Nobelpreis-Trägerin Shirin Ebadi hat das Iranian Women`s Museum in jahrelanger, beharrlicher Kleinarbeit aufgebaut und musste dafür auch eine einmonatige Gefängnisstrafe im Iran in Kauf nehmen.

Die neue Leiterin des Frauenmuseums, die das Vermächtnis von Elisabeth Stöckler übernommen hatte, ist **Mag.a Stefania Pitscheider Soraperra**.

Sie ist ausgebildete Kunst- und Architekturhistorikerin und erfolgreiche Absolventin des Lehrgangs für Museums- und Ausstellungskuratorinnen am Wiener Institut für Kulturwissenschaften. Sie hat mehrere Jahre für die Kunsthalle Wien, das Kunsthistorische Museum Wien und die Shedhalle Sankt Pölten gearbeitet und war für den Beitrag Österreichs 1999 auf der Biennale von Venedig zuständig. „Es ist mir ein großes Anliegen, Bestehendes respektvoll aufzugreifen und um meine Erfahrungen und Schwerpunkte zu erweitern“, sagte die neue Direktorin des Frauenmuseums bei ihrer Amtseinführung.

Bis zum 24. April zeigt die Hohenemserin Marielle Scherling Elia ihre Zeichnungen und Gemälde zum Thema „Die 11 Gebote“ im Rahmen des Projekts „Frauen und Gewalt“. Vom 5. Mai bis zum 26. Juni dokumentiert die britische Fotografin Jenny Matthews im Frauenmuseum die Erfahrungen, die Frauen auf der ganzen Welt mit Krieg und Gewalt machen, von Afghanistan bis Uganda. „Silent Witness“ ist die Ausstellung umschrieben, die zusammen mit der Initiative „Frauenhaus in Vorarlberg“ vom 5. Mai bis zum 26. Juni im Frauenmuseum zu betrachten ist. In den ausgestellten Silhouetten wird die Erinnerung an die dreißig bis vierzig Frauen lebendig, die jedes Jahr in Österreich ermordet werden.

W. Bernhard



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Einfache Anfrage

Heilpädagogische Schule Flawil:

Notwendiger Ausbau blockiert

Die Heilpädagogische Schule HPS Flawil platzt seit Jahren aus allen Nähten. Unterricht und Therapien werden teilweise in einem sanierungsbedürftigen ehemaligen Jugendhaus der evangelischen Kirchgemeinde und in zwei auffälligen Pavillons durchgeführt. Die Erweiterung der HPS Flawil ist ausgewiesen. Die Trägerschaft, die Heilpädagogische Vereinigung Gossau – Untertoggenburg - Wil, sicherte sich 2006 den dafür notwendigen Boden neben der Liegenschaft der HPS Flawil. Der Projektwettbewerb wurde in Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen Ende 2008 abgeschlossen.

In dieser Zeit wechselte die Verantwortung für Sonderschulen vom Bund zu den Kantonen. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen wurde in der Folge das Projekt durch die kantonalen Stellen, insbesondere das Bildungsdepartement, blockiert. Der Trägerschaft wurde schliesslich mitgeteilt, dass sie die gesamten Projektierungskosten selber finanzieren

müssten. Nach Interventionen von Kantonsräten und einem Wiedererwägungsgesuch der Trägerschaft beschloss die Regierung – ohne Präjudiz –, dass im Falle der HPS Flawil die Finanzierung nach Übergangsrecht erfolgen kann. Ein halber Entscheid und erst noch mit Fussangeln: Die Regierung verlangt, dass ein Drittel der Kosten für die Projektierung (Fr. 250'00) nicht bilanziert werden darf, also aus Eigenmittel der Heilpädagogischen Schule aufgebracht werden muss. Diese Vorgabe liegt ausserhalb der finanziellen Möglichkeiten der HPS Flawil, die keine Eigenmittel hat resp. haben darf. Gemäss Aussagen der Trägerschaft HPV Gosau - Untertoggenburg - Wil kommt zudem die Reduktion des Beitragssatzes für Baubeiträge an Behinderteneinrichtungen im Rahmen des Sparpaketes (Massnahme 15) als Unsicherheitsfaktor dazu. Vor kurzem informierte deshalb die Trägerschaft, dass die Erweiterung der HPS Flawil auf Eis gelegt wird.

Mit der neuen Finanzierung und Aufgabenteilung NFA ist der Bereich Sonderschulen vom Bund in die Verantwortung der Kantone übergegangen. Gemäss Übergangsbestimmung der Bundesverfassung (Art. 197 Ziff. 2 BV) und Botschaft zur Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) im Kanton St.Gallen (40.06.01, S. 14) ist klar vorgegeben, dass in einer Übergangsphase bis zum Vorliegen von kantonale genehmigten Sonderschulkonzepten oder mindestens bis Ende 2010 eine Garantie der Leistungen gemäss altem Recht gilt. Ab 2011 soll eine kantonale Gesetzgebung (Sonderschulgesetzgebung mit Sonderschulkonzept) Gültigkeit haben; diese liegt jedoch noch nicht vor. Wir danken der Regierung für die Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Wurde der versprochene Fahrplan des Übergangs der Verantwortung im Bereich Sonderschulen an die Kantone eingehalten? Wann kommt die kantonale Gesetzgebung?
2. Wurden oder werden die Übergangsbestimmungen aus der Neuordnung der Zuständigkeiten im Sonderschulbereich im Falle des Erweiterungsprojektes der HPS Flawil vollständig eingehalten?
3. Wie wird der Betrieb der Heilpädagogischen Schulen finanziert? Können die Schulen Eigenkapital aufbauen?
4. Wie werden inskünftig notwendige Investitionen in Heilpädagogischen Schulen umgesetzt, nachdem die Finanzierungsverantwortung beim Kanton liegt?
5. Welche Auswirkungen hat Massnahme 15 auf Investitionsvorhaben von Heilpädagogischen Schulen?
6. Ist die Erweiterung der Heilpädagogischen Schule Flawil ausgewiesen?

Wenn ja: Was unternimmt das zuständige Departement um das Erweiterungsprojekt der Umsetzung zuzuführen?

Wenn nein: Welche Investitionen muss die HPV in

Bezug auf die Sanierung des bestehenden Provisoriums (Jugendhaus, zwei Pavillons) vorsehen.

23.03.2011

Raphael Kühne – Flawil

Peter Hartmann – Flawil

Übermittelt durch: Dario Sulzer

SP Kanton Thurgau

Auch in Arbon gibt es ein „Frauenbuch“

Nicht nur in Lindau, sondern auch am gegenüber liegenden Schweizer Seeufer gibt es ein Buch **über Frauenpersönlichkeiten in der Stadtgeschichte**.

Aus Anlass des 101jährigen Jubiläums des sozialdemokratischen Ortsvereins (in der Schweiz sagt man dazu „Sektion“) in Arbon hat die Historikerin und Prorektorin an der Kantonsschule in Kreuzlingen, Dr. Eva Büchi, ein Bändchen geschrieben. Es trägt den Titel „Vorkämpferinnen“ und schildert das unverzagte Engagement des weiblichen Teils der Arbeiterbewegung in und um Arbon seit der Industrialisierung im Kampf um mehr Gleichberechtigung und soziale Errungenschaften zugunsten der Familien und der Kinder.

„Einst gab es in der Schweiz fast neunzig sozialdemokratische Frauensektionen -heute sind es noch deren zwei. Die eine befindet sich in Neuenburg (Neuchatel in der Westschweiz), die andere in Arbon am Bodensee“, schreibt Susan Boos in der Schweizer „Wochenzeitung“, ein Presseorgan der Linken.

Am deutschen Seeufer gibt es in den Parteibezirken zwischen Konstanz und Lindau ebenfalls schon längere Zeit keine eigene „Arbeitsgemeinschaft der Frauen“ (AsF) mehr, was bei den Sozialdemokratinnen in der Schweiz eben „Frauensektion“ genannt wird. In Österreich organisieren sich die weiblichen Parteimitglieder der SPÖ in allen Landesverbänden und in den Untergliederungen bis zur Stadt- und Ortspartei selbständig unter der Bezeichnung „Frauen in der SPÖ“. In Vorarlberg: www.frauen.spoev.at, in der Schweiz: www.sp-frauen.ch, in Thurgau: www.spthurgau.ch.

Eine der portraitierten Frauen ist **Hulda Lauber-Klauser**. Sie war von 1925 bis 1933 Präsidentin der Arboner WP-Frauensektion. Sie war aus einer armen Toggenburger Familie mit ihrem Mann nach Arbon gezogen und leitete politische Aktivitäten im Kampf um das Frauenstimmrecht, um Hilfen für Arbeitslose und Flüchtlinge und um bessere Löhne in den Fabriken. Durch den Industrieponier Franz Saurer haben sich in Arbon etliche Industriebetriebe gebildet. Sie stellten Maschinen für das Textilien- und Stickereigewerbe sowie Verbrennungsmotoren für Autos und Lastwagen her. In Arbon wurden

außerdem Lastwagen und Busse und zeitweise auch Militärfahrzeuge produziert.

Bereits im Jahr 1908 haben die „Vorkämpferinnen“ in Arbon einen „Arbeiterinnenverein“ gegründet, der 8 Jahre später in die „Sozialdemokratische Frauengruppe“ umbenannt wurde. Sie veranstaltet noch heute an jedem Wochenende einen Flohmarkt, dessen Erlös für wohltätige Einrichtungen gespendet wird. Die SP-Frauen richten zudem die „Tavola“ ein, eine wöchentliche Lebensmittelabgabestelle, bei der sich arme und minderbemittelte Menschen versorgen können. 9 Frauen und 1 Mann treffen sich abwechselnd an jedem Freitag am späten Vormittag, um einwandfreie Lebensmittel an durchschnittlich 42 bedürftige Haushalte mit zusammen 120 Personen, die Hälfte davon Kinder, im Wert von ca. 30 SFr abzugeben. In der Schweiz gilt nach den Angaben der Caritas jede 10. Person als arm. Unterstützt werden die SP-Frauen bei diesem Tavola-Projekt von den beiden Kirchengemeinden in Arbon sowie von der Stadtverwaltung.

Am 19. September 2009 feierten sie ein großes Jubiläumsfest, bei dem die **SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey** persönlich zum Gratulieren angereist war und eine Ansprache zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen hielt. Im vergangenen Jahr 2010 haben die SP-Frauen in Arbon sich intensiv mit der Patientenverfügung und der Palliativmedizin befasst. Die Präsidentin der SP-Frauen im Kanton Thurgau ist **Sonja Wiesmann**, die im Jahr 2008 von der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI) den **Prix Wasserfrau** für ihr Engagement zum Ausbau des Mutterschutzgesetzes in der Schweiz verliehen bekam.

Sonja Wiesmann-Schätzle ist SP-Kantonsrätin und seit dem 1. Januar 2009 auch Gemeindeammann (Bürgermeisterin) in der Thurgauer Gemeinde Wigoltingen zwischen Frauenfeld und Weinfelden. Die Gemeinde ist im Jahr 889 erstmals urkundlich erwähnt. Heute leben in der Gemeinde übrigens knapp tausend Musliminnen und Muslime, wie die Thurgauer Zeitung am 13. Juni 2009 meldete.

W. Bernhard



Gemeinsame Obsorge:

Wohl der Kinder steht im Vordergrund

**Kommentar des Landesvorsitzenden
Michael Ritsch**

Nach einer Trennung oder Scheidung sind es in zahlreichen Fällen vor allem die Kinder, die am

meisten darunter leiden. Für die Kinder und Jugendlichen spielt es dabei kaum eine Rolle, wer „Schuld“ daran ist, dass ein Elternteil durch die Beendigung der Partnerschaft mehr oder minder ins Abseits gestellt wird. Ich bin der Meinung, dass Kinder beide Elternteile benötigen und dass beide Elternteile ihre Kinder genauso brauchen.

Die Bevorzugung eines Elternteils sollte daher bestmöglich vermieden werden. Im Zuge der weiter andauernden Diskussionen über die gemeinsame Obsorge stehen für mich immer die Kinder an vorderster Stelle. Eine gemeinsame Obsorge würde auf jeden Fall dazu führen, dass dies bei Scheidungen kein „Verhandlungsgut“ mehr darstellt.

Die Justiz jedenfalls hat bei strittigen Trennungen das Kind zu schützen, den Einzelfall genau zu prüfen und bei Entscheidungen über die gemeinsame oder alleinige Obsorge das Wohl und nach Möglichkeit auch den Willen des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Regelfall sollte aber die gemeinsame Obsorge sein und kein Elternteil sollte bei einer Trennung daher Gefahr laufen, als Elternteil zweiten Ranges degradiert zu werden oder sich gezwungen sehen, durch zähe Machtkämpfe und teure Anwalts- und Verfahrenskosten zu seinem Recht zu kommen. Die Einführung einer Doppelresidenz würde dies meines Erachtens auch erleichtern. Mütter und Väter sollten bei allen Förderungen, Beihilfen und Zuschüssen gleich behandelt werden und die Kinder auch bei allen Förderungen bei beiden Elternteilen entsprechend angerechnet werden.

Ich bin der Überzeugung, dass Trennungsväter mit gleichen Rechten auch in viel größerem Ausmaß bereit sind, die Pflichten zu übernehmen!

Michael Ritsch in SPÖ-Express 11.03.2011

Mayer:

Gut, wenn ÖVP-Amon bei rascher Bildungsreform mitzieht

SPÖ fordert klare Positionen ein

"Die SPÖ hat 2011 zum Jahr der Bildung ausgerufen und auch Bundeskanzler Werner Faymann hat bei der Umsetzung der Reformen zur Eile gemahnt. Daher begrüße ich, dass auch ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon jetzt rasch und konstruktiv in die Verhandlungen einsteigen will", stellt SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer zu den heutigen Aussagen von Amon fest.

Positiv sei, dass bei der Neuen Mittelschule Bewegung in die ÖVP gekommen ist. Gut wäre auch noch, wenn sich der ÖVP-Bildungssprecher mit einer klaren Position bei den Verhandlungen zu

einem neuen Lehrerdienstrecht rasch einbringen würde, so Mayer heute, Mittwoch gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. "Wir müssen gemeinsam entschlossen die Reform in diesem Jahr vorantreiben, um unser Bildungssystem ins 21. Jahrhundert zu holen."

Bezüglich der geplanten parlamentarischen Enquete zum Ethikunterricht hält Mayer fest, "dass es nicht Ziel einer Enquete sei, mit vorgefertigten Meinungen hineinzugehen, sondern in deren Rahmen eine gemeinsame Position zu erarbeiten".

Elmar Mayer in SPÖ-Express 11.03.2011

SPÖ beantragt Einführung von Minderheitenrechten

Michael Ritsch: Der Landtag soll dadurch moderner werden

Nicht zuletzt aufgrund der beharrlichen Verweigerung der ÖVP, eine Untersuchungskommission im „Fall Cain“ einzurichten, sieht sich die SPÖ einmal mehr dazu veranlasst, die Rechte der Minderheiten im Landtag zu stärken.

Im Zuge der großen Verfassungs- und Geschäftsordnungsreform im Jahre 1984 wurde unter anderem das parlamentarische Instrument der Untersuchungskommission eingeführt. 2007 kam es dann mit der Zustimmung von ÖVP, FPÖ und Grünen zu einer weiteren Änderung der Geschäftsordnung.



v. links: Gabriele Sprickler-Falschlunger, Michael Ritsch, Mirjam Jäger-Fischer

Zentrale Punkte dieser Änderung waren die Einführung einer Aktuellen Stunde sowie der Dringlichen Anfragen. Die Karenzierung von Abgeordneten, die Änderung von Fristen bei der Anfragebeantwortung, die Unterschriftenerfordernis bei der Antrags-einbringung sowie weitere kleine kosmetische Änderungen rundeten diese Geschäftsordnungsreform“ ab. Minderheitenrechte wurden jedoch keine eingeführt.

„Alle Anträge auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, die in den vergangenen 27 Jahren je gestellt wurden, wurden bisher abgelehnt. Nicht einmal im „Fall Cain“, der eine Untersuchungs-

kommission zwingend notwendig erscheinen lässt, konnte das parlamentarische Untersuchungsrecht genutzt werden“, erklärt SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch.

Aus diesem Grund beantragt die SPÖ eine Änderung der bestehenden Gesetzeslage und möchte erreichen, dass künftig auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Abgeordneten des Vorarlberger Landtages eine Untersuchungskommission einberufen werden kann. Stellen alle Abgeordneten der Oppositionsparteien gemeinsam weniger als diese 25 Prozent, so sollen Untersuchungskommissionen zur Prüfung behaupteter Missstände auf Verlangen aller Abgeordneter, der nicht der Regierung angehörenden Parteien, eingesetzt werden.

Des Weiteren sollen den Abgeordneten in Zukunft Akteneinsicht gewährt werden und jeder Landtagsklub soll das Recht bekommen, eine Auskunftsperson in den Ausschüssen beizuziehen und einmal pro Jahr eine „Sonderprüfung“ durch den Landes-Rechnungshof zu beantragen.

SPÖ-Express 18.03.2011

Atomkraftwerke müssen verhindert werden!

Potenzielle Gefahr auch in unmittelbarer Nähe Vorarlbergs

Die schrecklichen Ereignisse in Japan zeigen einmal mehr, wie unberechenbar die Natur ist und wie machtlos der Mensch dagegen ist. Sie zeigen aber auch, wie unberechenbar Dinge sind, die von Menschen erschaffen werden. „Atomkraftwerke stellen solche unkalkulierbare Gefahren dar und müssen mit aller Kraft verhindert werden“, fordert SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch.

Die SPÖ Vorarlberg kämpft schon seit Jahren gegen diverse Atomkraftwerkspläne in der Schweiz und in Deutschland. Die Sozialistische Bodensee-internationale (SBI) unterstützt aus diesem Grund auch die grenzüberschreitende Initiative zwischen Österreich, Deutschland und der Schweiz, deren Ziel es ist, den weiteren Ausbau der Atomkraft zu verhindern.

Michael Ritsch erinnert die Schweizer Bevölkerung an dieser Stelle auch daran, sich ihrer eigenen Ressourcen im Land bewusst zu werden. Die Schweiz habe schließlich genug Potenzial im Bereich der Wasserkraft, um erneuerbare Energie produzieren zu können. Er richtet deshalb den Appell an die Schweizer Atomkraftbefürworter: „Wir haben es in Österreich geschafft, ohne Atomkraftwerke auszukommen. Ich denke mir, die Schweiz hätte dieselben Voraussetzungen dafür. Sie soll sie nutzen.“

„Auch die im Zusammenhang mit dem anfallenden Atom Müll auftretenden Probleme und Sorgen der

Bevölkerung dürfen nicht so leichtfertig ignoriert werden, so Michael Ritsch weiter, „schließlich ist Plutonium der giftigste Stoff, den es gibt.“ Auch die Pläne des Atommüllendlagers in Benken am Rheinfluss hätten aufgezeigt, dass dadurch potenzielle Gefahren auf die Menschen zukommen.

Die Frage der Sicherheit oder Unsicherheit eines solchen Atommüllendlagers betrifft nicht nur die Anwohner im engsten Radius um den Rheinfluss, sondern alle Menschen der Region und insbesondere die vielen Millionen Menschen in der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland, die ihr Trinkwasser aus dem Uferfiltrat des Rheins beziehen. Atommüll am Rhein ist eine potentielle Gefahr für alle Rheinanlieger.

SPÖ-Express 18.03.2011

SPÖ und SPD planen gemeinsame Initiative für Atomausstieg Europas

SPÖ und SPD starten eine gemeinsame Initiative für einen Atomausstieg in ganz Europa. Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigt: "Es ist an der Zeit, unser Wort international zu erheben und auf einen Atomausstieg zu drängen."

Für den Bundeskanzler ist - wie für SPD-Chef Sigmar Gabriel - klar: "Wir müssen Schulter an Schulter gegen die Atomindustrie kämpfen. Dafür werden wir Unterschriften sammeln und die Menschen mobilisieren. Gegen die Atomlobby kommen wir nur gemeinsam mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung an", bekräftigt Faymann. Der Bundeskanzler unterstreicht außerdem, dass die Sozialdemokratie die Aufgabe hat, international zu einer Wende in der Energiepolitik beizutragen.

"Österreich kann hier eine besondere Rolle spielen, weil wir in erneuerbare Energie investiert haben, weil wir die Technologie und das Know-How haben", so Faymann. Euratom-Vertrag zu Vertrag über Sicherheitsstandards umgestalten Für den Bundeskanzler ist auch eine Umgestaltung des Euratom-Vertrags denkbar – und zwar in Richtung eines Vertrags über Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke und zur Vorbereitung eines Ausstiegs aus der Atomenergie.

Scharf kritisiert Bundeskanzler Faymann die Atomlobby: "Jene, die in den letzten Jahrzehnten das Lügegebäude von der sicheren Atomkraft aufgebaut haben, werden derzeit jede Sekunde Lügen gestraft."

SPÖ-Express 18.03.2011

**SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster**

Laura Ilg aus Dettingen

MdB Gerster begrüßt Illertalerin beim Jugendmedienworkshop

BERLIN/DETTINGEN (zel) – Die 17-jährige Laura Ilg aus Dettingen an der Iller vertritt den Wahlkreis des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster beim diesjährigen Jugendmedienworkshop des Bundestags. Das hat das Bundestagspräsidium jetzt mitgeteilt. Von einer Fachjury waren unter 200 Bewerbungen 40 junge Menschen ausgewählt worden.

Die Gymnasiastin schreibt regelmäßig Artikel für Zeitschriften und Tageszeitungen und wird während des Jugendmedienworkshops vom 20. bis 25. März in Berlin unter anderem mit Martin Gerster zusammentreffen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommen zudem eine Führung durchs Reichstagsgebäude, schauen bei einer Parlamentsdebatte zu und sprechen mit Mitarbeitern des Petitionsausschusses sowie Mitgliedern der Bundestags-Enquêtekommision „Internet und digitale Gesellschaft“.



Als zentralen Punkt lernen sie die Facetten des modernen Journalismus in der Bundeshauptstadt in Praxis und Theorie kennen:

Außer einem Vortrag zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestags und einem Hintergrundgespräch über „Journalismus in der Hauptstadt“ stehen themenbezogene Rechercheaufträge und Expertengespräche auf dem Programm, individuelle Hospitanzen bei den wichtigsten Hauptstadtmedien und als Ergebnis die Veröffentlichung ihrer eigenen Hintergrundberichte in

der Veranstaltungszeitung „politikorange“. Die Abschlussdiskussion am sechsten und letzten Tag steht für Laura Ilg und die anderen Teilnehmer unter dem Motto „Bürger, Parlament, Medien - Partizipation zwischen Facebook und Parteibuch“.

Biberach, den 8. März 2011
Wolfgang Heinzel
Büroleiter Martin Gerster MdB



SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

SPD-Landtagskandidat Franz Lemli trifft sich mit dem Personalrat der Polizei

Die SPD hat sich schon immer dafür eingesetzt, dass in Bereichen, in denen eine polizeiliche Ausbildung nicht von Nöten ist, Tarifbeschäftigte eingesetzt werden. Um sich ein Bild von der derzeitigen Situation zu machen, hat sich Franz Lemli mit dem Personalratsvorsitzenden der Bereitschaftspolizei, Hans-Jürgen Kirstein, der zugleich Mitglied im Hauptpersonalrat ist, getroffen. Wie Kirstein ihm dargestellt hat, ist die Situation dieser Beschäftigten dramatisch. Vor vielen Jahren wurde ein so genanntes Nichtvollzugskonzept für das Nichtvollzugs-, sprich Tarifpersonal aufgestellt, welches zumindest für eine etwas bessere finanzielle Situation sorgen sollte. Leider ist dieses „Nichtvollzugskonzept“ bisher noch „nicht vollzogen“ worden.

Auf Nachfragen von Lemli bestätigte Kirstein, dass sich dem Tarifpersonal tatsächlich kaum bzw. keine Fortbildungsmöglichkeiten ergeben. Eine Weiterentwicklung mit einhergehender besserer Bezahlung ist somit selten möglich. Lemli: „Auch ich kenne Menschen, die seit 34 Jahren bei der Polizei angestellt sind, und seither trotz exzellenter Arbeit und viel Arbeitserfahrung nicht höhergestuft wurden. Von den Lohnverhandlungen der Beamten profitieren sie leider nicht.“



Franz Lemli (rechts) im Austausch mit dem Personalratsvorsitzenden der Bereitschaftspolizei Biberach,

Hans-Jürgen Kirstein, über die Beschäftigungssituation im öffentlichen Dienst."

Dies führe dazu, so Kirstein, dass bei derart miserablen Perspektiven, zum Beispiel in Bezahlung und Beförderung, kaum noch qualifiziertes Personal dazu gewonnen werden kann, wenn Fachkräfte ausfallen. „Es ist fast schon beschämend, wenn qualifizierte Bewerber ein Vorstellungsgespräch von sich aus abbrechen, um mitzuteilen, dass bei der in Aussicht gestellten Bezahlung weniger angeboten wird, als bereits aus der Arbeitslosenkasse bezogen wird.“, sagt Kirstein.

Franz Lemli, selbst im SPD-Beirat der Polizei, und Kirstein, der als stellvertretender Landesvorsitzender die Gewerkschaft der Polizei organisiert, erörterten gemeinsam, welche Möglichkeiten bestehen, die Situation für das Tarifpersonal in der Polizei insgesamt zu verbessern. Spätestens dann, wenn es zu dem angestrebten Regierungswechsel in Baden-Württemberg mit einer SPD-geführten Landesregierung komme. Lemli sieht hier klare Übereinstimmungen mit den SPD-Positionen: „Wir wollen, dass sich Arbeit wieder lohnt und dies gilt ganz besonders auch für die nichtbeamteten Angestellten im Öffentlichen Dienst. Das Land müsste hier mit gutem Beispiel voraus gehen“ Er sehe Chancen in der Einführung des „Fachangestellten im Polizeidienst“, eine Berufsbezeichnung, die dann tarifliche Mindestvereinbarungen für alle nichtbeamteten Angestellten gleichermaßen enthalten würde.

17.03.2011 **Matthias Schwär**
Wahlkampfteam Franz Lemli

Franz Lemli und Integrationsbeauftragter Macit Karaahmetoglu beim DITIB Biberach

BIBERACH (shw) Mehr als 50 Personen haben sich in den Räumen des Biberacher DITIB (Dachverband Türkisch- Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) getroffen, um mit dem Integrationsexperten der SPD, Macit Karaahmetoglu und dem Landtagskandidaten der SPD für Biberach, Franz Lemli, über Integrationspolitik zu diskutieren.

Macit Karaahmetoglu ist Integrationsbeauftragter im „Team Schmid“, dem designierten Schattenkabinett unter SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid. Er bezog zur Integrationspolitik der SPD Position, beleuchtete die Problematik in der Integrationsdebatte aus seiner persönlichen Sicht heraus und diskutierte zusammen mit den Anwesenden einen zukunftsfähigen Kurs, der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund enger zusammenbringt.

Nach der Begrüßung durch Ayse Cakmak, Vorstandsmitglied der Biberacher Kreis-SPD, ergriff Macit Karaahmetoglu das Wort. Karaahmetoglu, 42

Jahre alt und aus Ludwigsburg, zeigte sich erfreut, dass sowohl viele Alteingesessene als auch viele Mitglieder des türkischen DITIB gekommen waren. Er leitete ein, dass nirgendwo die soziale Herkunft so sehr über den schulischen Werdegang entscheide wie in Baden-Württemberg. Die Chance, das Abitur machen zu können, sei bei Facharbeiterkindern 6,6 mal geringer als bei Kindern aus Akademiker-Familien. „Für mehr Chancengleichheit brauchen wir unbedingt kostenfreie Bildung“, so Karaahmetoglu. Fatal sei auch die frühe Selektion der Kinder mit nur zehn Jahren. „Die Behauptung, dass durch längeres gemeinsames Lernen leistungsstärkere Kinder ausgebremst würden, ist eine Legende“



Macit Karaahmetoglu: 3.v.li, Franz Lemli rechts daneben

Macit Karaahmetoglu ließ 20 Jahre der Integrationsdebatte Revue passieren. Sarkastisch sprach er dabei von der „offenen Diskussion zur Integrationspolitik“. Die Thesen Thilo Sarrazins hätten nur fortgesetzt, was schon 1992 mit Phrasen wie „Das Boot ist voll“ begonnen habe. „Integration spielt für die CDU außerhalb von Wahlkämpfen keine Rolle.“ Mit Kampagnen wie die Roland Kochs um die doppelte Staatsbürgerschaft zur Hessen-Wahl 1999 würde versucht, Wählerstimmen abzufangen. „Die CDU polarisiert mit diesem Thema, dabei hat sie es sich selbst am meisten zuzuschreiben, dass in der Integrationspolitik vieles falsch läuft.“

Ein grundlegender Schritt hin zu einer erfolgreichen Integrationspolitik müsse sein, dass die negative Polarisierung dieses Themas – auch zu Wahlkampfzwecken – endlich aufhöre. Auch die Integrationspolitik der Grünen wurde von Karaahmetoglu kritisiert. „Sie sind zwar personell dahingehend aufgestellt, inhaltlich tragen die Grünen jedoch wenig zur Willensbildung und zum Zusammenwachsen der Kulturen bei.“ Die SPD sei die Partei, die am meisten für die Verständigung zwischen den Gruppierungen leiste. Der Vorsitzende des DITIB Biberach, Bülent Kasap, bekräftigte dies. „Die anderen Parteien reden immer viel, Ihre Partei jedoch zeigt mit dieser Veranstaltung auch ehrliche Bereitschaft, etwas Konkretes zu tun.“ Dies spreche sehr für die Glaubwürdigkeit der SPD.

Als Weg, wie Integration besser und einfacher gestaltet werden könne, nannte Macit Karaahmetoglu

das kommunale Wahlrecht. „Dieses politische Instrument lässt die Menschen Verantwortung spüren für die Gesellschaft, in der sie leben.“ Bisher werde dies jedoch blockiert und den EU-Bürgern vorenthalten. Auch forderte er, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Staatsdienste gelangen können. In Baden-Württemberg haben 25% der Bürger einen Migrationshintergrund, bisher sind jedoch nur wenige davon im öffentlichen Dienst, beispielsweise bei der Polizei, in den Gerichten, in der Staatsanwaltschaft. „Die SPD wird hier am 27. März eine Wende einleiten“.

Franz Lemli, Landtagskandidat für die SPD merkte dazu an: „Ich selbst war als Kind immer nur 'der Flüchtling', da meine Eltern Donauschwaben sind. Sehr geholfen haben mir der Sport und die Vereine. Diese Zeit hat mich insofern geprägt, dass mich nicht interessiert, ob jemand Pole, Türke oder Deutscher ist. Für mich zählt der Mensch.“ Vereine leisten aus Lemlis Sicht hervorragende Integrationsarbeit und müssten bei dieser Aufgabe auch stärker unterstützt werden.

Bülent Kasap sieht auch die Migrantinnen und Migranten in einer Holschuld. „Die Menschen müssen sich auch einbringen wollen und Teil dieser Gesellschaft werden wollen. Aber der Staat muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen.“ Dafür spricht, dass zehntausende Menschen mit Migrationshintergrund auf die Teilnahme an einem Sprachkurs warten, momentan jedoch nicht ausreichend Kurse zur Verfügung.

Einig waren sich die Anwesenden, dass nur viele kleine Schritte letztendlich zu gelungener Integration beitragen können. Vereinsarbeit, mehr Chancengleichheit in der Bildung und ständiger Kontakt könnten ein Zusammenwachsen, eine Integration auf Augenhöhe herbeiführen.

Informationen zu Macit Karaahmetoglu:

Der Ludwigsburger Macit Karaahmetoglu, 42 und selbst türkischstämmig, ist im Migrationsbeirat der SPD Baden-Württemberg. Mit der Projektgruppe SPD ve biz (dt. SPD und wir) versucht er aktiv, die Migrantengruppen in Baden-Württemberg mehr an den demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, Brücken zu bauen zwischen den Ortsvereinen und den politisch interessierten Migrantinnen und Migranten. Er ist designierter Integrationsbeauftragter des Schattenkabinetts unter Nils Schmid und selbstständiger Anwalt in Ditzingen.

23.03.2011

**Robin Mesarosch
Wahlkampfleiter WK 66**

Franz antwortet:

Warum SPD wählen?

Am kommenden Samstag, 26. März, dem Tag vor der Landtagswahl, stellt der SPD-Landtagskandidat

Franz Lemli gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Gerster allen Interessierten das Wahlprogramm der SPD-Baden-Württemberg kurz und bündig vor. Die beiden Politiker führen gut verständlich durch das Programm, auf dessen Grundlage die SPD nach einer erfolgreichen Wahl regieren möchte. Alle Besucherinnen und Besucher sind um 15.00 Uhr herzlich in die TG-Vereinsgaststätte (Adenaueralle 11, Biberach) eingeladen. Kaffee und Kuchen sind kostenlos.

22.03.2011

Robin Mesarosch

SPD Kreis Sigmaringen

Ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr bei der SPD Bad Saulgau

„Das hätte die SPD sonst nicht gedacht, dass ein General den Saal vollkriegt“, schmunzelte **Wolfgang Schneiderhan**, bis letztes Jahr Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr unter 4 Verteidigungsministern: Volker Rühle, Rudolf Scharping, Peter Struck und Franz Josef Jung.

Tatsächlich mussten etliche Besucher stehend dem Vortrag des hochkarätigen Militärexperthen aus dem Landkreis Sigmaringen folgen, so groß war der Andrang der interessierten Gäste im „Schwarzen Adler“ in der Perle Oberschwabens, in Bad Saulgau. Der Bundeswehrgeneral zögerte nicht, die Verdienste sozialdemokratischer Verteidigungsminister in der Vergangenheit für die Bundeswehr vor den anwesenden SPD-Fans in Erinnerung zu rufen. Er nannte Schorsch Leber, Helmut Schmidt, Hans Apel, Scharping und Struck. Scharping habe zu einem wirtschaftlicheren Betriebsmanagement in der Bundeswehr beigetragen, Peter Struck zu den verteidigungspolitischen Richtlinien, die heute noch gültig seien. Nur wenige Worte der inneren Genugtuung verlor Schneiderhan zum skandalumwitterten Rücktritt seines früheren Chefs, Minister zu Guttenberg, der ihn in der Folge der Kunduz-Affäre entlassen hatte. Augenzwinkernd und vom Publikum mit Schmunzeln aufgenommen kündigte der General Aussagen anderer Wehrexperthen oder Politiker immer korrekt als ZITAT an. Von der SPD-Gemeinde unwidersprochen blieb sein Bekenntnis zur Wehrpflicht, aus ganz verschiedenen Gründen. „Die derzeitige Aussetzung ist ein großer Fehler, der sich aber nicht mehr rückgängig machen lässt“, ist Schneiderhan überzeugt. Die 3-4 Bundeswehr-Standorte im Kreis Sigmaringen seien nicht akut von Streichungsplänen betroffen, höchstens von Umwidmungen einzelner Stäbe. „Die betreffenden

Standorte wie Pfullendorf, Sigmaringen, Stetten bzw. Mengen haben gute Argumente für sich“.

Schneiderhan ist in Bad Saulgau aufgewachsen und hat am dortigen Störck-Gymnasium das Abitur abgelegt. Ausführlich ging der Gast auf die Bedeutung der Bundeswehr in der Geschichte und Gegenwart seit ihrer Einführung im Jahr 1955 ein. Er nannte **3 Säulen für den heutigen Auftrag der deutschen Streitkräfte**:

Äußere Sicherung der Demokratie und des Prosperitätsversprechens der Politik	Erhaltung der Bündnisfähigkeit bei internationalen Konflikten. Deutschland darf sich aus den kollektiven Sicherheitssystemen nicht verabschieden!	Solidaritätsgedanke ist keine Einbahnstraße! Pflicht des Staatsbürgers zum Gemeinwohl
--	---	---

Nach 1945, nach den Kriegsverbrechen der Nazis im 2. Weltkrieg, hat die Bundesrepublik Deutschland eine neue Armee aufgebaut, die nach den Ausführungen von General Schneiderhan eindeutig der äußeren Sicherung der demokratischen Ordnung, dem Verzicht auf die Führung von Angriffskriegen und der Aufrechterhaltung des fühlbaren Wohlstandes für die Bürger/innen verpflichtet ist. Die Politik muss Antworten darauf finden, wie das Sicherheitsbedürfnis und der Grundsatz der sozialen Sicherheit gewährleistet werden können. Nach 1945 sind die deutschen Streitkräfte völlig anders aufgestellt. Sie sind dem Primat der Politik unterworfen, die Soldaten sind Staatsbürger/innen in Uniform! „Das bedarf der Pflege“, so Schneiderhan. Es gilt, das Verhältnis von staatlichen Haushaltsproblemen und den notwendigen Investitionen in die äußere Sicherheit ins richtige Lot zu bringen. Es ist für den ehemaligen Generalinspekteur „nicht zielführend“, einfach massenhaft Soldaten einzusparen. Im Augenblick hat die Bundeswehr 228 043 aktive Soldaten, darunter 17 500 Frauen. Im Jahr 1999 betrug der Verteidigungs-Etat 24,30 Milliarden Euro, im Jahr 2003 12 Prozent des Bundeshaushalts. Im Jahr 2011 soll der Verteidigungsetat 31,5 Milliarden Euro betragen, bei einer Gesamtsumme des deutschen Bundeshaushalts 2011 von 307,4 Milliarden Euro. Anteil am Steueraufkommen: 6,3 Prozent. Quelle: Bundesfinanzministerium.



Foto: übermittelt durch Ulrich Möhrle

Für den General ist der Beitrag der Bundeswehr in der Phase des Kalten Krieges bis 1990 „eine gigantische Erfolgsstory“, die damals kaum umstritten war. Durch Abschreckung und gleichzeitige Entspannungspolitik mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Westen und im Osten (Aussöhnung) sei ein erneuter Krieg in Europa verhindert worden. Das alte europäische Sicherheitsgefüge war bis 1990 recht übersichtlich. Es ist nach der Wende, der deutschen Wiedervereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion und des Ostblockes weggefallen. An den Grenzen rings um Deutschland sind keine Gegner mehr, „von Freunden und Nachbarn umzingelt“. Diese Friedensdividende muss reinvestiert werden in das Konfliktmanagement in anderen Regionen, vom Balkan über Afrika bis zum Nahen Osten. Solche Konflikte können laut Schneiderhan nur politisch-diplomatisch gelöst werden, Streitkräfte tragen lediglich zum Konfliktmanagement bei. „Die Deutschen dürfen nicht einfach aus dem europäischen Sicherheitsgefüge aussteigen!“ Wenn vom Balkan bis in andere Regionen der Welt Völker vom jeweiligen Staatsversagen (siehe Somalia) erschüttert werden, muss die Weltgemeinschaft reagieren mit einem UN-Mandat. Und dazu braucht es auch Sicherheitsorgane, die skrupellosen Warlords und Extremisten entgegen treten können. In den Staaten in Nordafrika und am Persischen Golf bis nach Afghanistan gibt es einen hohen Anteil von Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung, teilweise bis zu 50 Prozent. Umgekehrt muss in diesen Ländern eine sehr hohe Quote der Jugendarbeitslosigkeit beklagt werden. Die düsteren Perspektiven dieser jungen Leute können uns nicht egal sein! Die internationalen Streitkräfte brauchen künftig 3 wichtige Kompetenzen laut Schneiderhan: Fähigkeit zur Konfliktvorsorge, Interventionsfähigkeit und Konfliktbeseitigung, Konfliktnachsorge. Die Soldaten brauchen künftig mehr ethische Bildung, mehr politische Bildung und mehr interkulturelle Kompetenz.

Sicherheitspolitik ist längst kein Thema des bloßen Waffeneinsatzes mehr! Deutschland kann sich vom internationalen Krisen-Management kollektiver Sicherheitssysteme nicht einfach verabschieden. Den Bürger/innen muss der Einsatz in Afghanistan nachhaltiger erklärt werden. Die Bundeswehr operiert seit 1999 auf dem Balkan (Kosovo-Konflikt), seit 2003 in Afghanistan.

Begrenzte Einsätze gab es auch in Somalia, in Afrika (in der Republik Kongo), am Horn von Afrika, in Albanien, und das stets unter der Aufsicht des deutschen Parlaments und fast immer des UN-Sicherheitsrates. Der EU-Vertrag von Lissabon enthält Ansätze zu einer effizienteren Synergie, zu einem besseren „burden sharing“ zwischen den Streitkräften der 27 EU-Mitglieds-Staaten. Muss jedes Mitgliedsland alle Waffensysteme und Teilstreitkräfte vorhalten, nur wegen des nationalen Prestiges?

Die auswärtigen Bundeswehreinheiten und der Dienst von Soldaten im Katastrophenschutz (Hochwasser an der Oder und an der Elbe vor einigen Jahren) machen eine andere Einstellung junger Leute zum Staat und zum Gemeinwohl erforderlich, so Schneiderhan. Der Staat ist keine lästige Dienstleistungsholding“, die auf das Engagement des einzelnen einfach verzichten könnte. Schneiderhan zitierte Bundeskanzler Helmut Schmidt mit seinen Worten: „Im deutschen Grundgesetz kommen die staatsbürgerlichen Pflichten leider erst ganz weit hinten nach den Grundrechten...“ Die Aussetzung der Wehrpflicht und somit auch die Abschaffung des Zivildienstes ist für Schneiderhan nur unzureichend vorbereitet worden. Die Bundeswehr hält mindestens 16 000 freiwillig dienende Soldatinnen und Soldaten pro Jahr für erforderlich. Bis Mitte März hätten sich aber nur knapp 2 500 gemeldet. Jährlich gehen rund 20 000 Personen nach Ableistung ihres Wehrdienstes von der Bundeswehr weg, 8 Prozent der Soldaten sind in ziviler Weiterbildung, um sich auf den Übergang ins Zivilleben vorzubereiten.

Derzeit erhalten die Grundwehrdienstleistenden 378 Euro Wehrgeld, die Z-2-Soldat/innen erhalten zw. 770-1100 Euro brutto. Der öffentliche Dienst, die Bundespolizei, der Zoll und die führenden Industriekonzerne sind große Konkurrenten im Kampf um gute Leute, um qualitative Nachwuchssicherung. Die Botschaft an die jungen Leute müsse lauten: Es lohnt sich, für diesen Staat und für die Allgemeinheit in dieser Bundeswehr zu dienen. Insofern ist der Solidaritätsgedanke auch in dieser Hinsicht geboten. Und im Interesse der Friedensdividende, dem Ende des Kalten Krieges und der Integration der osteuropäischen Länder in die Europäische Union, muss mit politisch-diplomatischen Mitteln, ergänzend mit dem Beitrag der internationalen Streitkräfte im Rahmen des UN-Mandats, ein solidarischer Beitrag auch der Bürgerinnen und Bürger zur Verteidigung der Grundwerte und Menschenrechte geleistet werden. Die deutschen Streitkräfte sind dem Wertekodex des Grundgesetzes verpflichtet. Die künftigen Soldatinnen und Soldaten brauchen nicht nur eine militärische Qualifikation, sondern vermehrt auch eine Zivilqualifikation mit handwerklichen, sprachlichen, interkulturellen und IT-Kompetenzen, so Schneiderhan. Er bedauerte den schwierigen Umgang der Regierungen in den 27 EU-Staaten mit den Revolutionsbemühungen der Völker in den arabischen Staaten, vor allem in Libyen.

W. Bernhard

SPD Kreis Ravensburg

Peter Clement macht SPD-Wahlkampf im Allgäu

Wer kennt Isny-Neutrauchburg? Da, an der Grenze zwischen Baden-Württemberg inmitten des Allgäus kandidiert Peter Clement zum zweiten Mal für die SPD im Rennen um ein Landtagsmandat. In Lüdenscheid, der Stadt des Lichts im Nord-Westen des Sauerlandes, geboren, in Rüsselsheim in Hessen aufgewachsen, zeitweilig auch in Frankfurt am Main beruflich tätig, zog es ihn dann noch weiter südwärts, bis ins Allgäu, wo er seit 1985 als Mediziner tätig ist und mit drei Kollegen eine eigene Hausärztliche Allgemeinpraxis betreibt. Sein Traum: Die oberschwäbische und Allgäuer Wahlheimat mal als Überflieger und Fallschirmspringer von oben zu betrachten. Seit 1999 ist er Mitglied des Isnyer Stadtparlamentes und des Kreistages im Kreisparlament des Landkreises Ravensburg.

Sein politisches Handeln ist von zwei gewichtigen Grundsätzen geprägt: Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Der Arzt und Humanist hat gute Chancen, ein Zweitmandat über die Zweitauszählung in der Konkurrenz unter den SPD-Kandidat/innen im Regierungsbezirk Südwürttemberg im neuen Landtag zu erwerben. Urlaubstage hat er trotz des Wahlkampfstresses seit Weihnachten keine genommen. Auftrieb gab ihm die solidarische Unterstützung durch den SPD-Bundesparteivorsitzenden Sigmar Gabriel im Schwörsaal in Ravensburg. Mit besonderem Interesse will er dafür kämpfen, dass es in der ländlichen Region im Allgäu nicht zu einer Zweiklassen-Medizin kommt. Die Menschen auf dem Land sollen auch in Zukunft mit bezahlbaren medizinischen Einrichtungen versorgt werden.



Foto: www.peterclement.de

Zusammen mit dem Zweitkandidaten der SPD, dem SPD-Kreisvorsitzenden Otto Ziegler, engagiert sich Peter Clement auch für die Mehr-Generationen-Familien und eine bessere Versorgung älterer Menschen gerade in Landgemeinden wie Argenbühl. Die geriatrische Rehabilitation darf von den Krankenkassen nicht weiter ausgeblutet werden! Geria-

trische Kliniken müssen im Interesse der älteren Menschen gerade auf dem Land aufrecht erhalten werden! Die SPD-Bundestagsabgeordnete Katja Mast kam eigens ins „Rad“ nach Leutkirch, um zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden Edmund Volkwein (Firma Waldner Leutkirch) gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu fordern. Die Pforzheimer Politikerin trat für einen Mindestlohn von 8,50 Euro und für die gleiche Bezahlung von Zeitarbeitskräften und festen Mitarbeiter/innen in den Unternehmen ein. Beide SPD-Kandidaten nahmen auch an der Menschenkette vom Atomkraftwerk Neckarwestheim bis zur Staatskanzlei in Stuttgart teil.

W. Bernhard

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Chancen richtig nutzen:

Abschalten, nicht Aussetzen ist das Gebot der Stunde

Zur aktuellen Debatte über eine Aussetzung des Beschlusses zur Laufzeitverlängerung erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

Die Verlängerung der Laufzeiten war grundfalsch und hochriskant. Jeder und jedem musste klar sein, dass eine Katastrophe wie in Japan jederzeit und überall auf der Welt passieren kann. Es geht jetzt nicht darum etwas auszusetzen. Aussetzen ist wie Aussitzen. Alle Fakten liegen auf dem Tisch.

Schwarz-Gelb muss den eigenen Fehler eingestehen und die Laufzeitverlängerung zurücknehmen. Alles andere riecht nach Rettungsversuchen über Wahltermine. Die ältesten und unsichersten Meiler müssen sofort und dauerhaft vom Netz.

15.03.2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

Der folgende Artikel zeigt auf, wie sehr persönliches Erleben die Entscheidung zu aktivem Mitgestalten in der Politik beeinflussen kann.

Genauso zeigt er aber auch auf, dass vernunftgesteuertes Verhalten nichts mit Reaktionen auf Meinungsumfragen zu tun haben muss.

d. R.

Wie ernst ist es Mappus und Merkel mit einer anderen Energiepolitik?

Tschernobyl war der Anlass für mich, die Zuschauerbank zu verlassen und in die SPD einzutreten. Als ich vor 25 Jahren mit unseren damals noch

kleinen Kindern in Bermaringen bei Ulm auf einem Spielplatz saß und abends feststellen musste, welchen Gefahren ich meine Kinder ausgesetzt hatte, habe ich am nächsten Tag im SPD-Büro angerufen und um ein Mitgliedsformular gebeten. Ich bin jetzt für 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt worden.

Dass die Atomenergie nicht von Menschen beherrschbar ist, zeigt sich dieser Tage wieder sehr traurig in Japan.

Ob jetzt die CDU/CSU geführte Bundesregierung und die CDU-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg einer Einsicht folgen oder aus rein wahltaktischen Gründen ein Umdenken in der Atompolitik erwägen, bleibt abzuwarten.

Glaubwürdig wäre nicht nur ein Moratorium, glaubwürdig wäre es, wenn die Bundesregierung und die jetzige Landesregierung den von SPD und Grün durchgesetzten Atomausstieg von 2002 wieder in Kraft setzen und die Energiekonzepte für alternative Energien aufgreifen und ggf. aktualisieren würde! Es reicht nicht aus, einige Atomkraftwerke für drei Monate pausieren zu lassen!

Aber nach Einsicht sieht es nicht aus, was Mappus und Merkel in Sachen Atomenergie von sich geben. Fünf Länder der EU wollen einen Ausstieg: Österreich, Luxemburg, Griechenland, Dänemark und Irland. Die Antwort von Frau Merkel ist die Forderung nach höheren gemeinsamen europäischen Sicherheitsstandards für AKWs. Und die Kehrtwende in der Atompolitik, die Herr Mappus hingelegt hat, zeigt ihn, wie der Spiegel schreibt, als einen von den Protesten Getriebenen.

Wer bei den Bildern aus Japan nicht den Ausstieg, sondern höhere Sicherheitsstandards fordert, wer angesichts von Umfragewerten umschwenkt, dem fehlt die Einsicht, dass Atomenergie nicht beherrschbar ist.

21.03.2011

Hilde Mattheis, MdB

SPD Kreis Konstanz

Solidarität mit Zahide Sarikas

Am westlichen Seeufer herrscht große Betroffenheit. Vom grünen Oberbürgermeister bis zu den politischen Mitbewerbern um das Landtagsmandat im Wahlkreis Konstanz haben sich alle mit Zahide Sarikas solidarisiert und den brutalen Übergriff auf die SPD-Landtagskandidatin in ihrem Wahlkreisbüro in der Kreuzlingerstraße verurteilt. Der Tat dringend verdächtig ist ein junger Mann, der entweder geistig verwirrt ist oder aus rechtsextremistischen Kreisen stammt.



Foto: spdnet.sozi.info/bawue

Zahide Sarikas hat in letzter Zeit öfter Schmähungen und Beleidigungen wegen ihrer türkischen Herkunft und ihrer liberalen Einstellung zum Islam aushalten müssen.

Sie ließ sich auf Grund der erlittenen Verletzungen einige Tage lang im Konstanzer Klinikum behandeln. Marktbesucher auf dem Konstanzer Stephansplatz äußerten sich empört über den brutalen Überfall. Ihr Zweitkandidat Tobias Volz aus Allensbach übernimmt die noch ausstehenden Wahlkampftermine für Zahide Sarikas.

Die Polizei Konstanz und das Landeskriminalamt in Stuttgart haben mit einem Phantombild des jungen Tatverdächtigen die Ermittlungen zur Aufklärung der Straftat aufgenommen.

Der ROTE SEEHAS wünscht Zahide Sarikas eine recht baldige Genesung und schnellstmögliche Erholung von diesem brutalen Anschlag.

W. Bernhard

Hans-Peter Storz kandidiert für den Stuttgarter Landtag

Ähnlich wie im Landkreis Ravensburg ist auch der Landkreis Konstanz in zwei Landtagswahlkreise aufgeteilt. Im Wahlkreis Singen-Stockach kandidiert Hans-Peter Storz, der von Franz Müntefering, dem SPD-Spitzenkandidaten Nils Schmid und einigen Bundestagsabgeordneten im Wahlkampf unterstützt wird. Der gebürtige Tuttlinger ist angestellter Mitarbeiter in der Erzdiözese Freiburg als Pastoralreferent und katholischer Religionslehrer am Hegau-Gymnasium in Singen. Nach der Kandidatur für das Stadtparlament in Singen hat sich Hans-Peter Storz bereit erklärt, die Landes-SPD mit einer persönlichen Bewerbung um ein Landtagsmandat zu unterstützen. Er engagiert sich vor allem in den Themen soziale Gerechtigkeit, Familienpolitik und Bildung. Er absolvierte unlängst ein Praktikum in einer Kinderklinik, um unmittelbare Erfahrungen in diesem Tätigkeitsbereich zu sammeln. Dabei sicherte Hans-Peter Storz zu, sich weiter für den Ausbau des dringend benötigten Kinder-Notdienstes und der Notfallambulanz zu engagieren.

An der Singener Kinderklinik sind die Fallzahlen bei den erkrankten Säuglingen und Kleinkindern von 1600 auf 2400 in den letzten beiden Jahren angestiegen. Ein anderes Problem ist die hohe Belastung des Pflegepersonals. Hans-Peter Storz kochte im Wahlkampf auch im Singener Tafelladen mit. Auf der Speisekarte stand Gulasch mit Spirelli und als Nachtisch Rote Grütze mit Eis oder Sahne.



Foto: www.spd-kreis-konstanz.de

Einen interessanten Vorschlag machte Hans-Peter Storz für das künftige Tourismus-Marketing in der Bodenseeregion. Er forderte eine Tourismus-Karte vergleichbar mit der SchwarzwaldCard oder der Bregenzerwald Gäste-Card. Mit der Karte will der SPD-Kandidat einen Akzent zugunsten der Winzerbetriebe in der westlichen Bodenseeregion setzen, die den Kurzurlaubern und Touristen besonders empfohlen werden sollen. Zweitkandidatin im Wahlkreis Singen-Stockach ist Jutta Gold, SPD-Gemeinderätin in Rielasingen-Worblingen und Vorsitzende der Orts-SPD. Hans-Peter Storz selbst ist Mitglied der SPD-Fraktion im Stadtparlament in Singen.

W. Bernhard

Fortsetzung Termine von Seite 10

Termine, die oben erwähnt sind, werden bei den gastgebenden Ortsvereinen nicht mehr gesondert aufgeführt

KV-Sitzung:

04.04.2011

Kreisvorstandssitzung
19.30 Uhr bis 22.00 Uhr
Parteiöffentlich

08.04.2011

Kreisdelegiertenkonferenz mit Neuwahlen

parteiöffentlich

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 18.04.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.
Ort: Weinstube Stecher

OV Immenstaad:

Dienstag, 05.04.2011, 19:30 Uhr - 22:30.

Einladung zum SPD Info- Abend
[s. Einladung](#)

OV Markdorf:

Infostand zur Landtagswahl

Donnerstag, 24.03.2011, 08:00 Uhr - 00:00 Uhr.

OV Meersburg:

Donnerstag, 31.03. 20:00 Uhr

Außerordentliche Mitgliederversammlung
Guttschänke

OV Salem:

Freitag, 25.03

Ab 14:00 Uhr

Infostand Markt

Wahlteam mit Adnan Sabah

OV Tettang:

Montag, 28.03.2011, 20:00 Uhr.

Mitgliederversammlung,

Ort: Hotel Ritter, Tettang (im Nebenzimmer)

OV Überlingen:

- **Freitag 25.03.2011**
Ort: Nußdorf, DGH
Thema: Kabarett mit der Gruppe
Volksdampf Birnout 2.0
Zeit: 20:00-22:00
Anschließend Kneipenbummel mit Norbert Zeller
- **Samstag 26.03.2011**
Ort: Münsterstraße, Wochenmarkt
Straßenwahlkampf
Thema: Gemeindefinanzen
Zeit: 8:30-12:30

BayernSPD – Kreis Lindau

Zitate Schwarz-Gelb – vor und nach Fukushima Vor der Katastrophe in Japan nachher

	Vor der Katastrophe in Japan	nachher
Angela Merkel	"Wir haben heute schon die sichersten Kernkraftwerke der Welt." (PK zum Energiekonzept, 06.09.2010) "Die Kernkraftwerke werden abgeschaltet, wenn wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreicht haben, aber sie werden nicht abgeschaltet nach Ideologie." (CDU-Regionalkonferenz in Wiesbaden, 06.10.2010)	"Ich sage ganz deutlich: Es gibt bei dieser Sicherheitsüberprüfung keine Tabus." (Merkel, 14.03.2011)
Stefan Mappus	"Wir brauchen 15 plus x Jahre Laufzeitverlängerung. 15,16,17 Jahre halte ich für sinnvoll." (FTD, 12.07.2010)	"Neckarwestheim I wird abgeschaltet - dauerhaft – und stillgelegt." (15.03.2011) "Ich mache keine <i>Kehrtwende</i> ."
Tanja Gönner	Neckarwestheim 1 erfüllt "alle aus sicherheitstechnischer Sicht zu stellenden Anforderungen". (Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) auf eine Anfrage der Grünen im Landtag, Süddt. Ztg., 22.02.2011)	"Wenn die Sicherheit nicht gewährleistet ist, wird es auch eine Abschaltung geben." (Gönner am 14. März 2011)
Volker Kauder	"Es wäre ein völlig falsches Signal, wenn Neckarwestheim jetzt vom Netz ginge. Dieses Kraftwerk muss weiterbetrieben werden." (Stuttgarter Ztg., 14.01.2010)	"Alle Sicherheitsstandards müssen jetzt im Zusammenspiel von Bund und Ländern auf den Prüfstand - und zwar rasch und gründlich. Besonders gilt das natürlich für die Frage der Notstromversorgung. Alles andere wäre unverantwortlich." (Bild, 15.03.2011)
Horst Seehofer	"Solange die Kernkraftwerke unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und solange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, sollten wir sie am Netz lassen." (Rheinische Post, 27.02.2010)	"Maximale Sicherheit hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen." (14.03.2010)
Markus Söder	"Der überstürzte Ausstieg aus der deutschen Kernenergie bedeutet den Einstieg in die tschechische Atomkraft. Denn dann müssen wir Strom aus Temelin importieren. Das wäre unglaublich." (BamS, 27.02.2010)	"Wenn die Laufzeitverlängerung ausgesetzt wird, muss Isar 1 in diesem Jahr vom Netz. Ich glaube, es sollte dann abgeschaltet bleiben." (14.03.2011)
Guido Westerwelle	"Wir wollen einen mittleren Zeitraum Verlängerung haben, und zwar nicht wegen der Energieversorgungsunternehmen – für die verlängern wir die Restlaufzeit nicht -, sondern weil wir eine sichere Energieversorgung in Deutschland brauchen." (August 2010, zitiert: spiegel online, 15.03.2011)	"Wenn sich auf alte Fragen neue Fakten ergeben, dann muss entschieden werden, und deshalb gibt es jetzt eine Zäsur." (DLF, 15.03.2011)
Rainer Brüderle	„Die Szenarien haben ergeben, dass der Volkswirtschaftliche Nutzen bei einer Laufzeitverlängerung zwischen 12 und 20 Jahren höher ist als bei den Extremvarianten mit 4 und 28 Jahren." (Wirtschaftswoche, 30.08.2010)	"Es hat sich eine neue Lage ergeben." (14.03.2011)

Quelle: SPD-Parteivorstand

Rüdiger Löster
BayernSPD
Landesgeschäftsstelle München
Tel.: [089-23171126](tel:089-23171126)
<mailto:ruediger.loester@spd.de>

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 18. Maerz 2011

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt": Verantwortungslose Atompolitik beenden

Die Themen:

- Fukushima markiert Ende des Atomzeitalters
- Jetzt Sofortprogramm fuer Energiewende verabschieden
- Wirkungslose Bekaempfung von Steuerhinterziehung
- Staendiger Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilitaet des Euro

Interview Frank-Walter Steinmeier:

- "Schwarz-Gelb steht vor dem kompletten Scheitern seiner Energiepolitik"

Video/Foto:

- Pressekonferenz zum Sofortprogramm
- Rede Frank-Walter Steinmeier: Schon vor Fukushima hat Atomenergie Menschen Sorge bereitet
- Rede Sigmar Gabriel: Fukushima markiert Ende des Atomzeitalters
- Pressestatement Frank-Walter Steinmeier
- Frauen haben mehr verdient - wir sind ja nicht mehr in der Steinzeit!
- Fotos der Veranstaltung "fraktion kontrovers"

Veroeffentlichungen:

- Unsere Handschrift: Gleichstellung im Beruf durchsetzen

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Verantwortungslose Atompolitik beenden

Der Name Fukushima, der 11. Maerz 2011, ist eine Zaesur. Die Frage nach der Verantwortbarkeit der Kernenergie ist beantwortet. Das Aus fuer die Atomkraft ist unausweichlich. Dieser Gewissheit kann niemand mehr aus dem Weg gehen. Eine unbeherrschbare, letztlich unmenschliche Technologie kann keine Zukunft haben.

Mehr: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55977,00.html

Die Themen

UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT Fukushima markiert Ende des Atomzeitalters - Handeln der Bundesregierung voellig unglauwuendig

Nach der Katastrophe in Japan werde die Welt nicht mehr dieselbe sein erklarte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel warfen der Kanzlerin Unglauwuendigkeit vor. Sie selbst habe die Abschaltung der alten und gefaehrlichen Atommeiler immer verhindert und ihre Laufzeit um acht Jahre verlaengert. Die acht AKW muessten dauerhaft vom Netz genommen, die Laufzeitverlaengerung zurueckgenommen und es muesse zum rot-gruenen Atomkonsens zurueckgekehrt werden.

Mehr: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56033,00.html

Jetzt Sofortprogramm fuer Energiewende verabschieden - Moratorium der Regierung ist Mogelpackung "Wer Laufzeiten per Gesetz verlaengert, muss sie auch per Gesetz zuruecknehmen," sagte Frank-Walter Steinmeier an die Bundesregierung gerichtet. Die SPD fordert anstatt eines Moratoriums die dauerhafte Abschaltung der acht aeltesten und gefaehrlichsten Atomkraftwerke, die Ruecknahme der Laufzeitverlaengerung und ein Sofortprogramm fuer eine Energiewende in Hoehe von 1,5 Milliarden Euro, das sie heute vorstellte.

Mehr: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56023,00.html

FINANZEN / STEUERN

Wirkungslose Bekaempfung von Steuerhinterziehung - SPD fuer Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige

Die schwarz-gelbe Koalition hat einen fragwuerdigen Kompromiss zum Streitfall strafbefreiende Selbstanzeige gefunden. Demnach koennen sich Straftaeter durch eine "freiwillige" Zahlung eines fuefnfprozentigen Zuschlags auf die geschuldete Steuer "freikaufen".

Mehr:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55597,00.html

EUROPA

Staendiger Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilitaet des Euro - Das Parlament muss informiert und beteiligt werden

Die SPD-Fraktion hat der Aenderung des Vertrages von Lissabon im Bundestag zugestimmt, damit ein Europaeischer Stabilitaetsmechanismus (ESM) eingerichtet werden kann. Ueber den ESM selbst wird zu einem spaeteren Zeitpunkt abzustimmen sein. Wir kritisieren zudem die Missachtung der Informations- und Beteiligungsrechte des Bundestages durch die Bundesregierung. Ausserdem fordern wir die Finanztransaktionssteuer, eine soziale Fortschrittsklausel und eine angemessene Beteiligung der Glaeubiger.

Mehr ...: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,55189,00.html

Interview Frank-Walter Steinmeier

"Schwarz-Gelb steht vor dem kompletten Scheitern seiner Energiepolitik"

Frank-Walter Steinmeier im Interview mit der "Passauer Neue Presse"

Steinmeier: "Die Kanzlerin signalisiert zwar Einsicht, aber nur aus Angst vor den bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Wuerttemberg. Schwarz-Gelb steht vor dem kompletten Scheitern seiner Energiepolitik."

Interview lesen: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56013,00.html

Video/Foto

Pressekonferenz: Jetzt Sofortprogramm fuer Energiewende verabschieden

Video ansehen: http://www.youtube.com/spdfraktion#p/u/2/zvK5g_oPznY

Rede Frank-Walter Steinmeier: Schon vor Fukushima hat Atomenergie Menschen Sorge bereitet

Video ansehen: <http://www.youtube.com/spdfraktion#p/u/0/FTCAJ5w-Vro>

Rede Sigmar Gabriel: Fukushima markiert Ende des Atomzeitalters

Video ansehen: <http://www.youtube.com/spdfraktion#p/u/3/HXwAQelj0qM>

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier "Rueckkehr zum Atomkonsens"

Video ansehen: http://www.youtube.com/spdfraktion#p/u/4/Y7rtuy8d_TI

100 Jahre internationaler Frauentag: Frauen haben mehr verdient - wir sind ja nicht mehr in der Steinzeit!

Video ansehen: <http://www.youtube.com/spdfraktion#p/u/1/7k79oVNYqaU>

Fotos der Veranstaltung "fraktion kontrovers" mit Frank-Walter Steinmeier, US-Botschafter Philip D. Murphy und Blogger Sascha Lobo

"Braucht Politik Geheimnisse?" Diese provokative Frage hat Frank-Walter Steinmeier am 17. Maerz mit seinen Gaesten US-Botschafter in Deutschland, Philip D. Murphy, Thomas Schmid, Herausgeber der Welt-Gruppe, und dem Blogger Sascha Lobo diskutiert. In Zeiten des Internets werden Informationen immer schneller und ungefiltert zur Verfuegung gestellt. Das ist eine Herausforderung fuer die Politik, aber auch fuer den Journalismus. Eine abschliessende Antwort auf diese Frage wurde an dem Abend nicht gefunden. Aber alle Teilnehmer waren sich einig, dass Politik einerseits "Vertrauensraeume" fuer Verhandlungen braucht, andererseits aber ein hohes Mass an Transparenz zu mehr Akzeptanz fuehrt.

Fotos ansehen: <http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157626292281452/>

Veroeffentlichungen

- Unsere Handschrift: Gleichstellung im Beruf durchsetzen Gleiche Chancen fuer Frauen (12 Seiten, Maerz 2011)

Faltblatt ansehen: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14252,00.pdf

Dieses und weitere Veroeffentlichungen koennen Sie bei uns kostenlos bestellen oder/und als PDF laden:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Gruessen

webteam@spdfraktion.de

Vorstand des Ortsvereins Friedrichshafen



Bild von links: Dieter Stauber, Jürgen Meyer, Daria Napolano, Karl-Heinz Wulle, Angelika Ahlfänger, Michael Kübler, der neue Vorsitzende Roland Kaczmarek, Roland Priebe, Norbert Zeller und der neue stellvertretende Vorsitzende Werner Nuber.

Bild: Katy Cuko - mit freundlicher Genehmigung

Die Geehrten im Ortsverein Friedrichshafen



Von links: **Roland Priebe, Kamil Balikavlayan, Norbert Zeller, Gloria Tirapegui Rojas, Wolfgang Müller, Maria Heipl-Ruckert, Antje Bieler, Roland Kaczmarek**

Bild: Katy Cuko - mit freundlicher Genehmigung

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Dr. Nils Schmid:

www.nils-schmid.de

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

peter.simon@europarl.europa.eu

Büro Peter Simon, MdEP:

norbert.zeller@spd.landtag-bw.de

Norbert Zeller, MdL:

id-demuth@t-online.de

Irene Demuth:

hildegard.faessler@bluewin.ch

Hildegard Fässler, NR:

Dario Sulzer:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

hubert.loetsch@spoe.at www.spoe.at

Wolfgang Heinzel:

presse@franz-lemli.de

pressemaci@aol.com

Matthias Schwär:

schwaer@franz-lemli.de

Robin Mesarosch:

mesarosch@franz-lemli.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

BayernSPD:

www.bayernspd.de

ruediger.loester@spd.de

Bundes-SPD (SPD.de):

www.spd.de

SPD.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Bundestagsfraktion:

webteam@spdfraktion.de

Katy Cuko:

kcuko@t-online.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de